

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KRIEG: STOPPT DIE ESKALATION & REISE IN DIE UKRAINE S. 3-5

KULTUR: IKONEN DER MEXIKANISCHEN MODERNE S. 8-9

REZENSION: VERHÄNGNISVOLLE BRANDSTIFTUNG S. 15

MOBILITÄT: MIT PORSCHE AUF DEM HIGHWAY NO HELL S. 17

Veranstaltungstipp

Verhandlungen statt Panzer!

Am Freitag, 24. Februar, findet unter dem Motto: "Eskalationsspirale beenden! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine" unsere Friedenskundgebung hybrid u.a. mit Gregor Gysi statt.

Seite 20

Mitteilungsblatt

Ausgabe 02/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



30. Januar 2023, DIE LINKE auf der Kundgebung und Demonstration: "Leipzig leuchtet - Für Demokratie und Menschenrechte"

Foto: Kay Kamieth

Kommunalwahl 2024: Leipzig bleibt rot!

Adam Bednarsky Große Ziele benötigen eine sorgfältige Vorbereitung: Die Kommunalwahl 2024 steht an und der Stadtverband Leipzig bereit sich akribisch darauf vor. In den letzten Wochen haben wir die notwendigen Schritte eingeleitet, sodass wir alle unseren Teil zum Erreichen unserer ehrgeizigen Ziele beitragen können. Die Gesamtlage unserer Partei ist schwierig, aber nicht hoffnungslos – ganz im Gegenteil. Gerade jetzt braucht diese Stadt eine politische Kraft, welche die zunehmenden sozialen Verwerfungen vor dem Hintergrund der ökologischen Krise und zahlreichen Kriegen auf der kommunalen Ebene politisch beantwortet.

Wir haben am 26. Mai 2019 mit 21,4 Prozent unser Wahlziel erreicht: DIE LINKE wurde Wahlsieger – erstmals! Diesen Erfolg zu wiederholen, muss unser Anspruch sein. Deswegen steht für mich das Ziel der Kom-

munalwahl 2024 fest: Wir wollen aus dieser Wahl als Wahlsieger mit einem Ergebnis von 20 Prozent plus X hervorgehen.

Weil die politischen MitbewerberInnen unserem Ansinnen nicht unbeteiligt zuschauen werden, haben wir die Fundamente für die drei Eckpfeiler (Inhalte, Personen, politische Kommunikation) der Wahlerfolge von morgen gelegt. Unsere stellvertretende Stadtvorsitzende, Cornelia Falken, hat ihr Team für die Redaktionskommission beisammen, die jeweils die einzelnen Kapitel zu Wirtschaft/Arbeit, Soziales, Nachhaltige Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität, Aktive BürgerInnenstadt bearbeiten und einen entsprechenden Diskussionsprozess organisieren. Auch die sogenannte Personalfindungskommission nimmt ihre Tätigkeit auf und soll Mitglieder und SympathisantInnen über die Facetten der Kommunalpolitik informieren und zum

zukünftigen Mitwirken motivieren. Mit dem erprobten 10-mal-10-Ansatz (zehn, besser elf KandidatInnen in jedem der zehn Wahlkreise) wollen wir ein breites Personalangebot (inklusive zweier SpitzenkandidatInnen) zur Wahl stellen. Ganz besonders schwierig in der jüngeren Vergangenheit stellte sich die KandidatInnensuche für die Ortschaftsräte heraus. Voraussichtlich wird es auch für 2024 nicht einfach und bedarf eurer Unterstützung. Frühzeitig wollen wir die politische Kommunikation sortieren und haben dafür eine kleine Arbeitsgruppe zusammengestellt.

Alle hier genannten Aktivitäten können nur erfolgreich gemeistert werden, wenn der gesamte Stadtverband dabei mitwirkt. Es ist also wie immer: **Auch Du kannst zum Gelingen beitragen und am Wahlabend wird es heißen: Leipzig bleibt rot!**



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 2. März 2023, 17:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Mo. 20. März 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 17:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: 8. März 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 15. März 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 16. März 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 12. April 2023, 17:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 19. April 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): 20. April 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Zu wenig, zu spät: Wohngeldreform und Härtefallfonds

Uwe Fiedler Im Kriegs- und Krisenjahr 2022 wurden im Bundestag Entlastungen beschlossen, deren grundsätzliche Richtung aus linker Perspektive zwar richtig sind, aber kein Lob verdienen, kommen sie doch zu spät und behandeln ihren jeweiligen Gegenstand unzureichend.

Zwei Beispiele sollen hier näher betrachtet werden: die Wohngeldreform und der Härtefallfonds. Mit der Einführung von „Wohngeld Plus“ ist die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte von rund 600.000 auf 2 Millionen gestiegen. Auch der durchschnittliche Zuschuss steigt nach Angaben der Bundesregierung von 180 Euro auf 370 Euro. Aus linker Sicht ist das richtig, aber längst überfällig.

Unsere Forderungen nach mehr Wohngeld wurden jahrelang nicht erfüllt; erst durch das Coronavirus, den Kriegsausbruch und die sich verschlechternde Wirtschaftslage wurde die Notwendigkeit nun endlich eingesehen.

Schon jetzt ist klar, dass viele Menschen auch nach der Reform immer noch in Armut leben. Mindestens 4 Millionen Haushalte, also deutlich mehr als die 2 Millionen, die die Regierung in Betracht zieht, müssen nach Angaben des Deutschen Mieterbundes bereits mehr als 40 % ihres Einkommens für Wohnen ausgeben. Ein nicht zu vernachlässigender Teil wird weiterhin von der Ampelpolitik vergessen.

Trotz aller Mängel und berechtigter Kritik sollten wir als LINKE die Menschen aufklären und ermuntern, Ansprüche auf Wohngeld zu prüfen - ihren Teil dazu tragen die Wohngeld-Info-Flyer des Stadtverbandes bei, die in Kooperation mit dem Büro Pellmann entstanden sind und in den nächsten Wochen im Stadtgebiet verteilt werden. Denn nur, wer Kenntnis vom Anspruch auf Wohngeld hat, kann diesen auch einfordern. Zum Härtefallfonds: eingerichtet als Bundesstiftung soll er zur Linderung von Härtefällen durch die Ost-West-Überleitung der Renten im Zuge der Einheit beitragen, ebenso für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler einen Nachteilsausgleich schaffen. Unter bestimmten Voraussetzungen, wenn die gesetzliche Rente nahe an der Grundsicherung liegt, können Betroffene eine feste Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro erhalten, um ihre finanziellen Schwierigkeiten zu lindern.

Bundesländer können der Stiftung bis zum 31. März beitreten und diese Einmalzahlungen dadurch verdoppeln. Leistungen aus dem Härtefallfonds werden nur auf Antrag

gezahlt - wenn der Antrag bis 30. September gestellt ist. Die entsprechenden Formulare sind beim Bundesministerium für Arbeit & Soziales erhältlich und können in der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds angefordert werden. Unsere linke Kritik daran: Statt Rentengerechtigkeit für u. a. in der DDR geschiedene Frauen und diverse Berufsgruppen, die in der DDR Rentenansprüche erworben haben, die sich nach der Einheit in Luft aufgelöst haben, gibt es einen schwach aufgestellten Almosenfonds mit einem Volumen von 500 Millionen Euro, der kaum die 40 Milliarden seit 1991 vorthalenen Zahlungen ausgleichen kann. Welche Priorität diese Gruppen haben, ist schon an der parallel ins Rollen gebrachten Aktienrente zu sehen, für die jährlich 10 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen.

Möglicherweise können Bürgerinnen und Bürger jedoch ein Stück weit finanziell entlastet werden, wir als Leipziger LINKE stehen in unseren Büros bereit, über Antragsmöglichkeiten zu informieren, bei der Antragstellung zu unterstützen und auch bei Widersprüchen zu helfen, wie es der Landesparteitag im November beschlossen hat (C.1. Gewusst wie - Beahlt Energie).

① Es stehen ab sofort im Liebknecht-Haus 50.000 Flyer zur Verteilung bereit. Das Material steht ebenfalls auf unserer Homepage zum Download verfügbar: <https://gleft.de/56y>

DIE LINKE.
hilft konkret:
**WOHN
GELD**

- 👉 Wer ist berechtigt?
- 👉 Wie wird beantragt?
- 👉 Wo gibt es Hilfe?



Eskalationsspirale beenden! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine!

Friedenskundgebung mit Sören Pellmann und digitalen Redebeiträgen von Gregor Gysi, den Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und der Bundestagsfraktion.

Kl. Wilhelm-Leuschner-Platz
Freitag, 24.02.23, 18:00 Uhr

Verhandlungen statt Panzer!

DIE LINKE Stoppt die Eskalation! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine!

Die Bundesregierung hat entschieden, Leopard 2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Die ukrainische Regierung wünschte sich das. DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: Mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie.

Für die Menschen bedeutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat*innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.

- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard 2-Panzer und keine schweren Waffen in die Ukraine zu liefern.
- EU und Bundesregierung müssen diplomatische Initiativen starten, um aus der Logik von Krieg und Eskalation auszubrechen.
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.
- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine. Die Schulden müssen erlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extraprofite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!
- Die EU muss ein Vermögensregister einführen, um Geldwäsche und Vermö-

gen der russischen Oligarchen besser anzugreifen.

- Militarisation stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr erneut und im Gespräch sind 300 Mrd. Euro fürs Militär. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

DIE LINKE steht gegen Eskalation, Waffenlieferungen und Aufrüstung – für Frieden und Völkerrecht. Lasst uns gemeinsam stark machen für Verhandlung, Abrüstung und Entspannungspolitik!

Friedenskundgebung mit Sören Pellmann und digitalen Redebeiträgen von Gregor Gysi, den Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und der Bundestagsfraktion.

**Freitag, 24. Februar 2023, 18:00 Uhr
kl. Wilhelm-Leuschner-Platz**

Stoppt den Krieg

Parteivorstand der Partei DIE LINKE keine Leopard 2 Panzer in die Ukraine

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard 2 Panzer und keine weiteren schweren Waffen in die Ukraine zu liefern.

Waffenlieferungen führen nur zu einer weiteren Eskalation des Krieges. Je tiefer sich Deutschland und die NATO-Staaten in den Krieg hineinbegeben, desto größer wird die Gefahr einer Eskalation dieses Krieges mit nicht abschätzbaren Folgen.

Der Krieg muss sofort beendet werden. Wir unterstützen das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine

gegen den Angriff Russlands, sind aber überzeugt, dass mehr und mehr Waffenlieferungen aus NATO-Staaten nicht zu einem Ende des Krieges führen werden.

Statt weiterer Eskalation braucht es einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen und stattdessen Verhandlungen.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang diplomatische Initiativen von der EU und der Bundesregierung. Konkrete Vorschläge zu einem möglichen Verhandlungsformat hat DIE LINKE bereits im Dezember unterbreitet.

Der Parteivorstand erstellt eine Unterschriftenliste, einen Kurzflyer, sowie Download-Plakate und bittet die Kreisverbände dieses Material rund um Veranstaltungen, Infoständen und Kundgebungen am Jahrestag des Krieges zu nutzen.

Wir stellen uns den Vorschlägen gegen eine Aufstockung des Sondervermögens der Bundeswehr entgegen und lehnen diese ab.

Beschluss des Parteivorstands vom 14. Januar 2023 (2023/328)

Reise in die Ukraine

Jule Nagel Perspektive der unter dem russischen Krieg leidenden Menschen wahr- und ernstnehmen

Am 20. Januar startete das linXXnet eine Delegationsreise in die Ukraine. An Bord waren auch Vertreter*innen der Initiative Space Leipzig, ein Arzt und ein freier Journalist. Ziel der Reise war es, die Lage von linken, gewerkschaftlichen, menschenrechtsorientierten und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Ukraine unter der Last des russischen Krieges besser zu verstehen. Nicht zuletzt folgten wir damit auch den Rufen von osteuropäischen Linken, nicht über sie zu sprechen, sondern mit ihnen. Für das Finden von linken Antworten auf die russische Aggression erscheint uns das essenziell.

An dieser Stelle können nur Ausschnitte des Erlebten stehen. Ein längerer Reisebericht wird u. a. bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung nachzulesen sein.

Wir starteten mit einem mit Hilfsgütern vollgeladenen Kleintransporter der Landespartei und kamen am 22.1. nach einem Zwischenstopp im Lwiw in der Hauptstadt Kyjiw an.

Am ersten Tag trafen wir im Stadtteil Drvz (seinerzeit für Arbeiter*innen der Darnytsia Railcar Repair Factory gebaut) Freiwillige, die nach dem 24.2.2022 eine Küche mit Kaffee ins Leben gerufen hatten, mit der sie durch den russischen Angriff in Not geratene Menschen, unter ihnen auch aus dem Donbass Vertriebene, unterstützten. In den ersten Wochen und Monaten nahmen täglich mehrere hundert Menschen das Angebot wahr. Die Ehrenamtlichen übernahmen und übernehmen quasi staatliche Aufgaben der sozialen Versorgung. Die politisch Verantwortlichen hätten sich erst Wochen nach der russischen Invasion sehen lassen. „Wenn das, was wir hier an Unterstützung und Solidarität leisten, „links“ ist, dann hat das politisch eine gute Perspektive. Darüber allerdings werden wir erst nach dem Krieg sprechen können.“, so z. B. ein junger Informatiker. Er selbst wurde aktuell einberufen und muss in wenigen Wochen an die Front. Begeistert ist darüber nicht.

Den darauffolgenden Tag verbrachten wir im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in vielen Gesprächen mit linken Partner*innen: dem linken, analytischen Magazin „Commons“, der Initiative „Marker“, die rechte Gewalt dokumentiert, dem anarchistisch geprägten Netzwerk Solidarity Collective und Sotsialny rukh [Solidarische Bewegung, SozRukh]. SozRukh versucht sich perspektivisch als Partei zu konstituieren und damit die Leerstelle der Repräsentanz demokratisch-sozialistischer Ideen zu füllen, sie fungiert als Sammlungsbewegung linker Gewerkschafter*innen, linker Theoretiker*innen, Feminist*innen und Klimaaktivist*innen. Und sie wächst vor allem durch den Zugang junger Menschen. Ein Hauptthema war einerseits die soziale Situation in der Ukraine, die sich durch den

Krieg verschlechtert. Viele Menschen sind auf humanitäre Hilfe von zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen, die allerdings weniger wird. Die Sozialleistungen und Löhne reichen nicht aus, um gerade diese schwere Zeit des Krieges zu bewältigen.

Ein großes Thema der Aktiven sind die Fragen globaler Hilfen und Wiederaufbau des Landes. Insbesondere der Wiederaufbau muss zwingend mit sozialen Garantien für die Bevölkerung verknüpft werden. Die Ukraine ist seit dem Beginn des russischen Krieges 2014 immens verschuldet (Stand 2020: 129 Milliarden US-Dollar) und hatte riesige Rückzahlungen an IWF, Weltbank und EU-Kommission zu leisten. Dies ist seit der Ausweitung des Krieges 2022 nicht mehr möglich. Das neoliberale Diktat der Geld- und Kreditgeber, die Sozialausgaben zu senken, muss strikt zurückgewiesen werden. Denn auch nach dem Krieg steht und fällt die Stabilität der ukrainischen Gesellschaft und auch die Integration der annektierten Gebiete im Osten mit existenzsichernden universellen Sozialleistungen und Löhnen. Derzeit ist das Gegenteil zu beobachten: Der Staat nutzt die aktuelle prekäre Situation des Krieges, um den mittelfristig sowieso geplanten neoliberalen Umbau der sozialen Sicherungssysteme voranzutreiben. So sollen Sozialleistungen auf die reine Versorgung von sehr armen Menschen reduziert und soziale Dienste privatisiert werden. Auch eine Reform der Altersvorsorge im Sinne der Abschaffung des solidarischen Systems ist im Gespräch. Der Krieg leistet der weiteren Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, Privatisierungen und Korruption Vorschub. Aus Sicht unserer Gesprächspartner*innen von Commons und SozRukh braucht es Umverteilung, eine Erhöhung der Einkommenssteuer und eine Bewegung für einen solidarischen Sozialstaat.

Sotsialny rukh wirbt beispielsweise für einen Schuldenerlass für die Ukraine wie auch die Länder des globalen Südens. Zwar wurde kürzlich ein Schuldenmoratorium beschlossen, doch wird perspektivisch über einen echten Erlass zu sprechen sein, den auch DIE LINKE fordert.

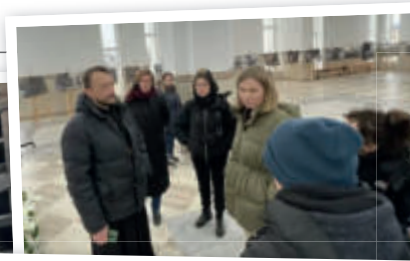
Angesprochen auf Nationalismus und faschistische Organisation bekamen wir deutliche Antworten: extrem rechte Parteien wie Swoboda, Rechter Sektor oder der politische Arm von Asow „Corpus national“ haben bei den vergangenen Parlamentswahlen 2019 zusammen nicht annähernd die 5 %-Klausel überschritten. Das Problem mit Faschisten in Parlamenten haben andere europäische Länder, auch Deutschland, in einem viel größeren Maße. Natürlich kämpfen auch Faschisten in der Armee und schlachten dies heroisch aus, die politische Zukunft des Landes wird allerdings nicht dort ausgehandelt.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Reise waren zivilgesellschaftliche Akteure, die sich derzeit vor allem mit der Dokumentation von Kriegsverbrechen befassen. Es standen ein Termin in Butscha und mit dem Center for civil liberties an.

Viele Staatschef*innen und Diplomaten waren bereits in Butscha, einem der vielen Orte, in denen die russische Armee Kriegsverbrechen begangen hat. Der 30.000 Einwohner*innen zählende Vorort von Kyjiw wurde am 27. Februar 2022 von der russischen Armee eingenommen und blieb bis Ende März unter russischer Kontrolle. Inzwischen sind 419 Menschen, vor allem Zivilist*innen, belegt, die in dieser Zeit durch russische Soldaten ermordet wurden. 116 von ihnen wurden zeitweise in einem Massengrab hinter der Kirche des Priesters Andrej begraben. In der Kirche werden nun Fotos und Videos gezeigt, die die Verbrechen belegen und schwer zu ertragen sind. Die Vize-Bürgermeisterin, Mykhailyna Skoryk-Shkarivska erzählte, dass über 20 Psycholog*innen im Bucha Centre for Psychological Support arbeiten, doch es wird lange dauern, die Wunden zumindest zu lindern. Gerade das Schweigen der Frauen, die vergewaltigt wurden, sei erdrückend. Und es gibt mehrere Butschas: Viele Orte im Oblast (Region) Kyjiw waren über Wochen von der russischen Armee besetzt und wurden zu großen Teilen zerstört, wir sehen die Wunden bei unserer Fahrt. Was die russischen Bomben anrichten, können wir auch in Vyschhorod sehen. Erst vor drei Monaten traf eine Bombe hier ein Wohnhaus - Kita und Schule in direkter Nachbarschaft - sieben Menschen starben, Menschen, die aus den östlichen Gebieten der Ukraine geflohen waren. Mit Vertreter*innen der Gemeinde und der Abgeordneten des Oblast Kyjiw, Tanya Samoylenko, sprachen wir über die Notwendigkeit humanitärer Unterstützung und Aufmerksamkeit zum Beispiel durch Städtepartnerschaften. Eine sehr konkrete und wirksame Möglichkeit der praktischen Unterstützung, die auch in Butscha eine große Rolle spielt.

Die Frage der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen ist dringlich. Einen Einblick in dieses große Feld bekamen wir bei unserem Besuch beim Center for civil liberties, einer von 25 Organisationen, die die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine untersuchen, um eine Anklage Russlands vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterstützen. Über 30.000 Kriegsverbrechen wurden in den ersten zehn Kriegsmonaten bereits dokumentiert, auch durch die Arbeit des Centers. Es ist an der Initiative "Tribunal for Putin" beteiligt und hat 2022 den Nobelpreis verliehen bekommen.

Auch in Butscha sind Ermittler des Internationalen Strafgerichtshofes tätig. Die stellver-



Fotos: ImXNet

tretende Bürgermeisterin Skoryk-Shkarivska verabschiedete uns mit den Worten: „Der kriminelle Putin hat Jahrzehnte ungestraft agieren können. In Tschetschenien, Georgien, Syrien, seit 2014 in der östlichen Ukraine. Die Verbrechen in Butscha und all die anderen in der Ukraine müssen die Letzten gewesen sein.“

Während wir in Butscha sind, gab es Luftalarm, und dies wiederholte sich über die Nacht bis zum nächsten Morgen. Die Menschen gehen routiniert damit um, nahmen Rücksicht auf unsere Schutzbedürfnisse, lassen sich in ihrem Alltag allerdings kaum noch dadurch einschränken, anders lässt sich wohl möglich nicht mit diesem seit fast

einem Jahr anhaltenden Ausnahmezustand umgehen. Am 5. Tag unseres Aufenthaltes wurde Kijiw von zwei Raketen getroffen, in einem Viertel unweit unseres Aufenthaltsortes starb ein Mensch. Wir erfuhren später über die Drohnen- und Raketen-Attacken Russlands auf das Gebiet um Kyjiw, die meisten Geschosse konnten von der Luftabwehr abgehalten werden.

Der Krieg hemmt Proteste, Organisation und linke Politik. Viele unserer Gesprächspartner*innen erscheinen müde, müde von Luftalarm, Bomben, Nachrichten über Tote, Verletzte, Einberufungen. Kontakte zu deutschen Linken gibt es, auch praktische Unterstützung aus Deutschland,

ob bei der Evakuierung und Aufnahme von Flüchtenden, bei der Arbeit von NGO, durch Spenden und Kommunikation.

Unserer Partei, der LINKEN, wird von den wenigen linken Akteuren zunehmend Distanz entgegengebracht. Eine Akteurin fasst es gut zusammen: „Wenn sich die Linkspartei im Bundestag und in der öffentlichen Debatte bei der Frage von Waffenlieferungen zumindest enthalten würde, wäre das für unsere Position in der ukrainischen Gesellschaft hilfreich. Was wir brauchen, ist ein unmissverständliches Zeichen der Solidarität mit der Ukraine, mit den Menschen hier und eine klare Abgrenzung von Putins Russland.“

Barrierefreie Gehwege – sie wären für alle so nützlich!

Thomas Lentner, Sören Pellmann Von einer barrierefreien Umgebung profitieren alle. Sowohl Menschen mit Behinderungen, Senior*innen als auch Familien mit Kindern können sich dadurch besser in unserer Stadt fortbewegen. Aber gerade im Leipziger Südraum stellt sich die Frage, wie unsere Gehwege aufgestellt sind. Insbesondere an der starkgenutzten Karl-Liebknecht-Straße gab es in der Vergangenheit zahlreiche Beschwerden.

Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann, Sprecher für Inklusion und Teilhabe in der Bundestagsfraktion sowie unserem Stadtbezirksbeirat Siegfried Schlegel machten wir uns als Stadtbezirksverband Leipzig Süd am 11. Januar 2023 auf den Weg, um vor Ort die Gehwege zu besichtigen. Als besondere Unterstützung wurde Rolf Sondershausen vom Behindertenverband Leipzig e. V. hinzugezogen.

Die Begehung der Karl-Liebknecht-Straße begann an der Haltestelle „Kurt-Eisner-Straße“. Bereits von dort bis zum Straßenübergang Schenkendorfstraße mussten wir erhebliche Mängel an den Gehwegen feststellen. Diese sind nicht nur für Menschen mit Behinderungen gefährlich, sondern für alle unabhängig ihrer Konstitution.

Dank eines organisierten Rollstuhls und eines Rollators wurde an der Haltestelle auch klar, dass die aktuellen Fahrscheinautomaten gefährliche Engstellen erzeugen. Hier besteht bei der Nutzung sowohl für auf Hilfsmittel angewiesene als auch vorbeigehende Menschen eine erhebliche Gefahr.

Ebenso zeigte sich an der Haltestelle, dass auch Blinde und sehbehinderte Menschen aufgrund nicht funktionierender Signalgeber an der Haltestellenampel und veralteten Auffindesystemen vor gefährlichen Herausforderungen stehen. Genauso gefährlich ist aber auch das Überqueren der Gleisanlagen. Die Querung der Karl-Liebknecht-Straße auf Höhe der Schenkendorfstraße über tiefe Löcher, Gleise oder wackelige Steine ist eine Zumutung. Mit Barrierefreiheit hat das nichts zu tun.

Aber auch die Querung der Kurt-Eisner-Straße ist sowohl für Rollstuhlfahrende, Rollatorennutzende oder Familien mit Kinderwagen aufgrund von Gullis, Kanten und völlig unförmigen Straßen eher eine Berg- und Talfahrt. Aber auch der Gehweg der Karl-Liebknecht-Straße stadteinwärts zeigt erhebliche Defizite auf. Teils mit Pflastersteinen eingeschlossene Gehwegplatten oder große Löcher zwischen den Platten bieten ein großes Portfolio an Unfallquellen. Da-

rüber hinaus werden weitere Engstellen durch Podeste der anliegenden Restaurants geschaffen.

Für Rollstuhlfahrer ist dieser Gehweg eine kaum zu überwindende Herausforderung. Spätestens wenn die Pflastersteine bis zu 5 cm auf und ab wackeln, gleicht die Route eher einer Achterbahnfahrt als einem barrierefreien Gehweg. Die vielen Kanten und Löcher im Gehwegbelag schütteln selbst die Babys im besten Kinderwagen reichlich durch.

Erschwert wird der Spaziergang aber auch durch die vielen aufgestellten Aufsteller, Tische und Schirme werden. Gleiches gilt für Kellereingänge, an denen z. T. ein Geländer fehlt. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn Blinde oder sehbehinderte Menschen hier versehentlich nach unten stürzen.

Die Liste der Hausaufgaben für die Stadt Leipzig und die Leipziger Verkehrsbetriebe ist jedenfalls lang. Im Stadtbezirksbeirat Süd und den zuständigen Gremien des Stadtrats werden wir nun intensiv Druck machen, damit sich hier künftig etwas tut. Der jetzige Zustand voller Barrieren ist nicht mehr akzeptabel. Wir brauchen nicht nur einen schönen Straßenbelag auf unserer „Karli“, sondern auch moderne und barrierefreie Gehwege!



Fotos: Birthe Kleemann



Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Dezember

Baustart für NKM im Bowlingtreff

Mit dem Teilbaubeschluss für Entkernungsarbeiten in der 1925 errichteten Elektorumformerstation - später bis 1987 zum ehemaligen Bowlingtreff umgebaut - am Wilhelm-Leuschner-Platz beginnt die Bautätigkeit am künftigen Standort des Naturkundemuseums. Räumlich bietet der Bowlingtreff gute Bedingungen für eine zeitgemäße und schonende Präsentation der wertvollen und anspruchsvollen Ausstellungsexponate. Das wird auch durch die großräumige und fensterlose Tiefenlage der beiden großflächigen Museumsflügel unterstützt. Der Leipziger Architekt Winfried Sziegoleit hatte vor einigen Jahren bereits das kreative und anspruchsvolle Umnutzungskonzept erstellt.

Nicht ganz ohne

Beschluss zur Vorplanung der Komplexmaßnahme Prager Straße zwischen den Kreuzungen An der Tabaksmühle und Friedhofsgärtnerei. Hier soll eine verbreiterte separate Straßenbahntrasse entstehen, die für Straßenbahnfahrzeuge mit verbreiteter Spurweite nutzbar ist. Herausfordernd sind der vorhandene begrenzte Straßenraum sowie die vorhandenen fahrbahnbegleitenden Baumstreifen.

Neue Hauptsatzung und Geschäftsordnung

Die Ratsversammlung beschloss eine neue Hauptsatzung und eine neu gefasste Geschäftsordnung, die nicht nur die Arbeit des Stadtrats und seiner Gremien, sondern auch die der beratenden Beiräte regelt. Deren Belange wurde nach Ansicht des Seniorenbeirats durch eine Stadtratsmehrheit - trotz Änderungsanträge - nicht ausreichend be-

achtet. Während jeder Bürger Einwohneranfragen an die Ratsversammlung stellen kann, bleibt dies den Beiräten als Gremium im Gegensatz zu Änderungs- und Anträgen verwehrt.

Zu den parlamentarischen Erfahrungen gehört auch, dass mitunter mehrere Wochen von der Stadtratswahl bis zu Konstituierung des Stadtrats und der Wahl der Ausschüsse vergeht und dann anschließend auch die Beiräte neu berufen werden. Deshalb hatte der Seniorenbeirat vorgeschlagen, dass Beiräte ihre Arbeiten solange fortsetzen, bis diese durch den Stadtrat neu berufen sind. Ebenso erhielt der Vorschlag zur Beibehaltung der Obergrenze von bis zu 18 sachkundigen Bürgern keine Mehrheit, obwohl dies die Sächsische Gemeindeordnung zulässt.

Da alle Fraktionen einen Vertreter entsenden, sind SeniorInnen oder mit Seniorenarbeit befasste Organisationen unzureichend vertreten.

Unterbringung von Geflüchteten

In regelmäßigen Abständen berichtet die Stadtverwaltung in einer Informationsvorlage zum Stand der Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt. Das schließt auch die vorausschauende Schaffung von dezentralen Unterkünften einschließlich der Ausstattung sowie die Organisation der Betreuungsleistungen ein.

Übergang der Bauhöfe in die Stadtreinigung

Einstimmig beschloss die Ratsversammlung den Übergang der Bauhöfe der eingemeindeten Ortsteile, die bisher dem Hauptamt

direkt unterstanden, in den städtischen Eigenbetrieb Stadtreinigung. Damit verspricht sich die Stadt auch Synergieeffekte, weil beispielsweise der Winterdienst und die Straßenreinigung durch beide Einrichtungen erbracht werden. Da sich die eingemeindeten Ortsteile an den ehemaligen Stadträndern befinden, verbessert sich auch die Stützpunktverteilung der Stadtreinigung im Stadtgebiet.

Baukostenerhöhungen

Die Ratsversammlung muss sich regelmäßig mit Baukostenerhöhungen befassen. So verteuert sich auch die Erneuerung der Inspizientenanlage in der Oper um 4,4 Mio. auf 7,7 Mio. Euro. Von zwei Pulten werden Licht, Ton, die gesamte Koordination der Bühnen- und Maschinenteknik sowie alle Künstlerauftritte gesteuert.

Anträge und Anfragen

Mit knapper Mehrheit beschloss der Stadtrat auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90 Grüne das städtische Projekt Hundestaffel zu stoppen und die freiwerdenden Mittel zur personellen Stärkung des Ordnungsamtes einzusetzen. Beschlossen wurde auch der Antrag der Linksfraktion zur Anwendung der Stadtplanungsmethode „Animal Aided Design“ mit dem Ziel des Erhalts und der Förderung der biologischen Vielfalt im Stadtgebiet.

Die Linksfraktion hatte, wie auch die Lokalpresse, angefragt, warum das Blindenleitsystem während des Weihnachtsmarktes im Stadtzentrum stellenweise überbaut werden darf, was die Barrierefreiheit für Betroffene einschränkt.



Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Januar

Christina Mertha verabschiedet

Nach 31 Jahre aktiver Arbeit als Assistentin sowie als stellv. bzw. Geschäftsführerin der Stadtratsfraktion DIE LINKE wurde Dr. Christina Mertha in der Ratsversammlung durch Oberbürgermeister Jung in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet, dem sich in der Pause auch die MitarbeiterInnen des Büros für Ratsangelegenheiten und StadträtInnen verschiedener Fraktionen anschlossen. Bei einem Fraktionsempfang mit den jetzigen und ehemaligen StadträtInnen wurde an zahlreiche Initiativen, Erfolge und Anekdoten erinnert. Dazu gehört auch, dass vieles ohne die aktive Mitarbeit der Fraktionsgeschäftsstelle bei Organisation und Öffentlichkeitsarbeit nicht möglich gewesen wäre.

Familienfreundliche Gremienarbeit im Stadtrat

Stadtrat beschloss mit Ergänzungsanträgen ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit und Qualifizierung für die Mitarbeit in den städtischen Gremien. So sollen die Sitzungszeiten mit Beginn und Ende mit Rücksicht auf familiäre und berufliche Belange überprüft werden. Die Entschädigungssatzung soll angepasst werden, damit den Mitgliedern der Ratsversammlung, den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten die Erstattung der Kinderbetreuungskosten erstattet wird. Für die Zeit der Ratsversammlungen sollen ein Still- und Ruheraum sowie ein Aufenthaltsraum mit Beaufsichtigung von Spiel und Beschäftigung für begleitende Kinder zur Verfügung stehen. Der Stadtrat hat selbstkritisch schon vor einigen Monaten die Effizienz der eigenen Sitzungsarbeit überprüft.

So soll die Gesamtredezeit jeder Fraktion pro Stadtratssitzung begrenzt werden. Zwei Ratssitzungen je Monat muss die Ausnahme und soll nicht die Regel sein. Auch bei Anträgen geht es nicht um die Anzahl, sondern um Qualität. Es kann nicht die Regel sein, dass die eigentlichen Beschlussvorlagen erst am 2. Tag der monatlichen Ratsversammlungen behandelt werden.

Betriebskostenzuschuss für Kohlrabizirkus

Der Stadtrat beschloss einen Betriebskostenzuschuss für die Betreuung der ehemaligen Großmarkthalle – im Volksmund „Kohlrabizirkus“ genannt – für den Eishockey- und Eislaufsport. Für die Durchführung der Sanierung der Verglasung der Südkuppel als Werterhöhungsmaßnahme erhält die Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft eine Bareinlage in Höhe von 1,9 Mio. Euro. Zur energetischen Verbesserung soll auch die Nordkuppel saniert werden.

Straßenbau

Beschlossen wurde die Sanierung der Shakespearestraße zwischen Kohlen- und Arthur-Hoffmann-Straße sowie die Umgestaltung der Dieskaustraße zwischen Antonien und Brückenstraße.

Bauplanungsbeschlüsse

In einer Beschlussvorlage wurden über die Umsetzung des allgemeinen Vorkaufrechtes in Gebieten mit sozialen Sanierungssatzungen berichtet sowie Präzisierungen für Kriterien zur Gebäudeauswahl, der Einbeziehung der MieterInnen bei mehreren Bewerbungen im Vorkaufsfall bestimmt.

Beschlossen wurde eine Änderung des Flächennutzungsplanes für die ehemalige Sternburgbrauerei in Lützschena, wobei das nördliche Areal im B-Plangebiet von einem Gewerbe- in ein Wohngebiet umgewandelt wird, weil dort das „Wohnquartier Zur Alten Brauerei“ gebaut werden soll.

Schulbauprojekten

Es wurden weitere Schulbauprojekte beschlossen, wie die Planung zu Kapazitätserweiterungen um jeweils einen Zug an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule und der 20. Schule. Energetischen saniert und erneuert soll der Sanitärstrang im Berufsschulzentrum 7 - An der Querbreite. Erneut wurde der Abriss eines bautechnisch intakten Schulgebäudes in Tauchaer Str. 188 und Ersatz durch den Neubau einer Grundschule mit 3-Feld-Sporthalle beschlossen, ohne dass die Notwendigkeit des Abrisses hinreichend begründet wurde.

Verbesserung des ÖPNV

Franziska Riekewald legte mit Nachfragen zur Anfrage der Linksfraktion zum beschleunigten Umbau der LVB-Haltestellen für Straßenbahnen und Busse zur Schaffung der Barrierefreiheit den Finger in die Wunde und verwies auf die rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Beschlossen wurde der Antrag der Linksfraktion in der Fassung des Verwaltungsstandpunktes, wonach im 2. Quartal 2023 über das Ergebnis der Verhandlungen von LVB und Zoo über die mögliche Einführung eines Kombitickets von Nutzung des ÖPNV und Zoo-Eintrittskarte, wie es dies für Theaterbesuche bereits gibt.

Ikonen der mexikanischen Moderne

Daniel Merbitz MdbK zeigt erste große Retrospektive von Olga Costa in Europa

Es ist ein kunsthistorischer Paukenschlag: Das Museum der bildenden Künste (MdbK) in Leipzig zeigt die erste monografische Retrospektive von Olga Costa in Europa. Die Ausstellung „Olga Costa. Dialoge mit der mexikanischen Moderne“ mit ihren herausragenden Gemälden, von denen nicht wenige als Ikonen in Mexiko gelten, läuft noch bis zum 26. März 2023.

Von Leipzig nach Mexiko führte ihr Lebensweg. Wie kam dies? Die 1913 in Leipzig als Olga Kostakowsky geborene Künstlerin stammt aus einer jüdischen Familie, die ursprünglich in Odessa beheimatet war. Ihr Vater, ein angehender Violinist und Komponist, wollte nach Aufenthalt in Paris und Wien nun in Leipzig am Königlichen Konservatorium der Musik sein Studium beenden. Das Wohnhaus in der Bayrischen Straße existiert heute nicht mehr. Während des Ersten Weltkrieges zieht die Familie nach Berlin. Der Vater, ein überzeugter Sozialist, wird zeitweise aus politischen Gründen in Deutschland verhaftet. Die Familie wandert 1925 nach Mexiko aus, Veracruz, Mexiko-Stadt. Olga Costa besucht die deutsche Schule.

Ihre nächsten Lebensstationen: 1933 beginnt sie für vier Monate ein Studium der Malerei an der renommierten Escuela Nacional de Artes Plástica, welches sie vermutlich aus finanziellen Gründen abbricht, 1935 heiratet sie ihren ehemaligen Studienkollegen, den mexikanischen Maler José Chávez Morado (1909-2002), 1936 ändert sie ihren Nachnamen von Kostakowsky zu Costa, auch um ihre künstlerischen Vermarktungschancen zu erhöhen, 1941 gehört sie in Mexiko-Stadt zu den Gründungsmitgliedern der selbstverwalteten Künstlergalerie Galería Espiral, 1945 erste Einzelausstellung, 1947 nimmt sie die mexikanische Staatsbürgerschaft an, 1949 besucht sie Europa und die Sowjetunion, 1951 entsteht ihr Hauptwerk „La vendedora de frutas (Die Obstverkäuferin)“, 1952 entwirft sie Glasmosaik für das Thermalbad Hedionda, 1961 folgen Reisen mit ihrem Ehemann José Chávez Morado nach Europa und Nordafrika, 1965 gemeinsame Aufenthalte in Japan, Hongkong, Kambodscha und Thailand, 1966 siedeln beide endgültig nach Guanajuato über, in einem Wasserturm richten sie ein Atelier ein, 1989/90 in Guanajuato und Mexiko-Stadt große Retrospektiven, 1993 stirbt sie in Guanajuato.

Die Künstlerin schuf Klassiker der mexikanischen Moderne, von „La vendedora de frutas / Die Obstverkäuferin“ (1951) über „Autorretrato / Selbstbildnis“ (1947) bis „Tehuana con sandía / Tehuana mit Wassermelone“ (1952).

Ihr Hauptwerk „La vendedora de frutas (Die Obstverkäuferin)“ kennt in Mexiko jedes Kind, denn es befindet sich auf der Titelseite eines Schulbuches. Im Museo de Arte Moderno in Mexiko-Stadt gehört es zu den populärsten Gemälden. Die Protagonistin, eine indigene Frau, ist berufstätig und stolz und steht für eine gerechtere Gesellschaft. Dreißig Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs und der Revolution. Der farbenfrohe Obststand steht für die neue, bessere Gesellschaft. Präzise sind übrigens 58 Obstsorten identifizierbar. Das Gemälde entstand im öffentlichen Auftrag. Jahrhundertlang wurde die indigene Bevölkerung von der spanischen Kolonialherrschaft drangsaliert. Nun suchte das postrevolutionäre Mexiko eine neue Identität: „Mexicanidad“. Olga Costa lieferte ihren Beitrag dazu. Eine Zeitungsnotiz aus Mexiko unterstreicht dies: „Trotz ihrer slawischen Herkunft und ihrer Geburt in der deutschen Stadt Leipzig gehört sie definitiv zu der Gruppe unserer Künstler und ihre Malerei ist genuin mexikanisch.“

Die Beziehungen und Anregungen in künstlerischer Sicht zwischen Mexiko und der DDR hatten Tradition: Im Jahr 1955 fand die Ausstellung „Mexikanische Malerei und Grafik“ in der Deutschen Akademie der Künste in Berlin, Hauptstadt der DDR, statt. Die Ausstellung „Für eine Kunst im Dienste des Volkes“ zeigte 1957 im Museum der bildenden Künste in Leipzig eine Auswahl zeitgenössischer mexikanischer Künstler. 1959 nahmen Mitglieder der Werkstatt der Volksgrafiker (Taller de Gráfica Popular, TGP), ein aktivistisches und politisches Künstlerkollektiv aus Mexiko-Stadt, in Leipzig an dem Wettbewerb „Frieden der Welt“ teil.

Das Museum der bildenden Künste Leipzig ist in der glücklichen Lage, ein beachtliches Konvolut von Grafiken der TGP zu besitzen. Auch dies ist für sich genommen schon wieder eine spannende Geschichte: Die TGP hatte eine wichtige Funktion im antifaschistischen Kampf und später in der Friedensbewegung und beim Kampf um die Rechte von Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern. Neben Diego Rivera gehörte auch Olga Costas Ehemann José Chávez Morado und viele europäische Emigrantinnen und Emigranten der TGP an, darunter auch Hannes Meyer, der ehemalige Direktor des Dessauer Bauhauses. Auch Georg Stibi, der spätere Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, war mit dabei.

Nicht zuletzt gab es in der DDR einen bei Künstlerinnen und Künstlern sehr beliebten Bildband über die Wandgemälde (Murals) in Mexiko („Der Mensch in Flammen. Wandmalerei in Mexiko von den Anfängen bis zur Gegenwart“, 1967).

Die Leipziger Ausstellung zeichnet einen Schaffenszeitraum von über vierzig Jahren nach und wird wunderbar ergänzt um Arbeiten von Frida Kahlo (man beachte die Anspielungen in „Los Cocos / Die Kokosnüsse“), Diego Rivera, Gerardo Murillo (auch als Dr. Atl bekannt), Carlos Mérida (Olga Costas akademischer Lehrer), Rosa Rolanda, Lola Cueto, Alice Rahon, Juan Soriano und José Chávez Morado (Von Olga Costas Ehemann ist das hochpolitische Gemälde „Retratando a la Nación / Porträtierten der Nation“ zu sehen).



Olga Costa: „La vendedora de frutas (Die Obstverkäuferin)“, 1951, Acervo Museo de Arte Moderno. INBAL / Secretaría de Cultura, © VG Bild-Kunst Bonn 2022 / SOMAAP (Foto: MdbK/PR)

Die übrigens perfekt gehangene und ausgeleuchtete Schau lädt ein zum Schwelgen in Farben und Formen und Geschichte(n). Und auch so manche amouröse Verwicklung schwingt mit. Frida Kahlo und Diego Rivera kannten sich nicht nur, sie waren ein Paar, mit allen Höhen und Tiefen, mit Leidenschaft und Untreue. Angelina Beloff, eine Geliebte von Diego Rivera, ist mit „Máscaras y muñecos / Masken und Puppen“ (1955) in der Ausstellung vertreten. Wir wissen nicht, ob dieses Bild nach dem abrupten Verlassen entstanden ist, er ging durch die Tür und kam nie wieder.

Die Ausbeutung der indigenen Bevölkerung kritisiert Raúl Anguiano mit dem Gemälde „La espina / Der Dorn“ (1952): Auf Kaffee- und Tabakplantagen musste sie schuften. Beachtenswert und schön ist das Selbstbildnis von Rosa Rolanda aus dem Jahr 1952. Leben und Tod und Mond und Acker – alles stürmt auf die Frau in grüner Bluse und mit rotem Halstuch ein. Das erdige Chaos der

Welt. Die Kunst von Rosa Rolanda muss unbedingt weiter entdeckt werden in Europa.

Achtzig Leihgaben aus Mexiko-Stadt, Guanajuato, Chicago und internationalen Privatsammlungen erschaffen ein Kaleidoskop vom postrevolutionären Mexiko. Dazu vierzehn Werke aus dem eigenen Bestand. Ein exzellenter Katalog (Museumsausgabe 29,- Euro, Buchhandelsausgabe 39,90 Euro) rundet die Ausstellung ab.

Zwei Jahre wurde diese spannende und sinnliche Ausstellung vorbereitet, mit der Museumsdirektor Stefan Weppelmann gemeinsam mit seinem Team einen Coup gelandet haben. Und es ist eine Beschäftigung mit der Welt. Dies ist in heutigen Zeiten ein sehr wichtiger Anspruch. Das Museum hat ihn eingelöst.



Olga Costa: „Autorretrato (Selbstbildnis)“, 1947, Colección Andrés Blaisten, © VG Bild-Kunst Bonn 2022 / SOMAAP (Foto: MdbK/PR)

Rotes Kino: Wo ist Anne Frank?

Dirk Apitz Filme über Anne Frank gibt es wie Sand am Meer. Einen Zeichentrickfilm gab es dagegen aber noch nicht und schon gar nicht über ihre imaginäre Freundin Kitty. Wir sehen wie im Museum das Schutzglas des Museums in Amsterdam, wo das Tagebuch aufbewahrt wird, mysteriös zerspringt und Kitty zum Leben erweckt. Im Museum, was das alte Haus ist, wo sich die Familie Frank versteckte, kann sie nicht gesehen werden aber außerhalb schon, solange das Tagebuch in ihrer Nähe ist.

Zunächst bleibt Kitty im Haus und beobachtet, wie sich Touristen in Annes winziges Schlafzimmer drängen. Um herauszufinden, wo sich ihre beste Freundin gerade befindet, nimmt Kitty das Tagebuch an sich und flüchtet mit diesem durch die Stadt. Sie weiß nicht, welches Jahr es ist und hat auch keine Ahnung, dass Anne 75 Jahre zuvor

deportiert wurde. Kitty taucht in eine ihr völlig fremde Welt ein. Sie lernt einen Jungen namens Peter kennen, der sie bei ihrer Suche unterstützt. Schnell entwickelt sie romantische Gefühle für ihn. Peter zeigt ihr, wie Migrant*innen hier in Amsterdam ausgegrenzt werden, mit welchen Nöten Flüchtlingskinder in der heutigen Welt konfrontiert sind und erzählt ihr von der geplanten Abschiebung von Menschen in Not durch die niederländische Regierung ...

Wer denkt das war schon alles, der irrt. Zwischenzeitlich springen wir immer wieder zurück und sehen die Geschichte von Anne Frank. Wie sie mit Kitty, ihrer imaginären Freundin, redet, wie sie im Versteck klar kommt bis zur Deportation. Tatsächlich ist der Stil des Zeichentricks in sofern gelungen, dass sie das Medium völlig ausnutzen und sehr kreativ damit umgehen. So sind die

Nazis große Männer, die alle gleich aussehen, die Gesichter sehen aus wie gruselige Masken. Leider können die einzelnen Animationen nicht mit dem Stil mithalten und so überzeugt der Film technisch nicht immer. Auch erzählerisch ist der Film insgesamt zu überambitioniert. Die Geschichte von Anne Frank gerät immer mehr in den Hintergrund und wird zur Nebensache. Der Film will aber mit der Flüchtlingsthematik aufzeigen, dass die heutige Gesellschaft scheinbar die Geschichte von Anne Frank vergessen hat. Hat der Film also seine eigene Erzählung nicht verstanden? Dazu noch eine Liebesgeschichte und das große Mysterium um Kitty mit dem Tagebuch. Es ist absolut ärgerlich, dass der Film zu viel wollte, aber dadurch auch zu wenig Zeit für die einzelnen Geschichten verbringt. Wenn dann noch ein pädagogischer Ansatz immer wieder sich einschleicht und einzelne Begriffe erklärt und sich auch noch der Film einen Bildungsauftrag erteilt, sind wir mit 90 Minuten Laufzeit weit über der Grenze des Möglichen hinaus. Glänzen kann dagegen der Soundtrack, der die Stimmung perfekt einfängt und den Film zumindest atmosphärisch den Ideen auch gerecht wird.

Fazit: Der Film hat klar den Fokus verloren. Die guten Absichten will man nicht absprechen und deswegen ist es wirklich traurig, da die Themen dann doch zu wichtig sind und gerade Kinder oder Jugendliche einen besseren Zugang dazu verschafft hätte. **5/10**



Abschied von Irene Markov

Die aufrechte Sozialistin Irene Markov war am 28. Dezember im Alter von 95 Jahren verstorben. Helmuth Markov würdigte den ungewöhnlichen Lebensweg seiner Mutter in einer anrührenden Trauerrede, die wir hier auszugsweise wiedergeben.

Jeder Mensch scheint wie ein Prisma, mit unendlichen Facetten der Farbenvielfalt und Leuchtkraft, abhängig davon, wie sich das Licht bricht, einmalig und unwiederholbar. Ebenso werden unsere Erinnerungen nicht objektiv sein, denn sie basieren auf den Gefühlen, die man zum Zeitpunkt des Ereignisses zu den Dingen hat. Deswegen kann ich nur meine Wahrnehmung der Lebensgeschichte unserer Mutter schildern, Ihr fügt die eigenen Mosaiksteinchen oder auch größere Brocken hinzu, so dass ein Bild entsteht, welches die vielfältigsten Perspektiven und Abschnitte ihres Lebens spiegeln. Mutti ist in Mönchengladbach geboren, im Rheinland, da, wo es eine fünfte Jahreszeit gibt, der Karneval für viele den Erlebnishöhepunkt darstellt.

Über die zwölfjährige Pest des Faschismus erzählte sie uns:

- wie Ihre Eltern die rote Fahne in das Tischtuch einnähten mit dem Ziel, diese später, nach dem Ende der Naziherrschaft auf dem Rathaus von Mönchengladbach zu hissen, was so wohl auch geschah;
- wie sie sich vor der Gestapo hinter der Eingangstüre der Wohnung ihrer britischen Nachbarin versteckte, als sie die für die Flucht notwendigen Papiere holte;
- über die Angriffe der amerikanischen Luftwaffe auf ihre Geburtsstadt, so dass die Familie den Luftschutzraum als gewohnten Aufenthaltsort betrachtete;
- über den Tag im September 1943, als ihr Haus in der Parkstraße 66 von Brandbomben, die fast das gesamte Wohnviertel auflodern ließen, getroffen wurde und alle Nachbarn sich halfen, zu retten, was zu retten war. Unvorstellbar, darunter das Klavier, welches heute bei Jürgen und Illi in Dresden steht.

Der Krieg war in das Land zurückgekehrt, welches ihn vom Zaume gebrochen hatte. Mutti hatte dann das Glück, gemeinsam mit ihrer Freundin Marlis, Tochter eines Tuchfabrikanten, in das Wochenendhaus der Familie Irmen in Vorderhindelang im Allgäu ziehen zu dürfen und damit den permanenten Bombardements zu entkommen. Es war der Abschied von Eltern und Geschwistern für lange Zeit, von ihrem Jugendfreund Helmuth Evers für immer, welcher am 18. April 1945 in Treseburg im Harz fiel. Das Grab auf dem dortigen Friedhof besuchen wir bis heute, denn er gehört zur Familie. Ich trage seinen Namen.

Mutti schrieb am 16. November 2016 in Erinnerung an diesen Zeitabschnitt ihres Lebens: „Die heutige Generation kann von Verlusten und Gräueltaten des Weltkriegs reden. Aber zum Glück ist für sie das, was ich als junges Mädchen erlebt und empfunden habe, nicht nachvollziehbar. Die Worte ‚Nie wieder Krieg!‘ sind von einer solchen Bedeutung, dass man sie nicht oft genug hörbar machen kann.“

1947, nach dem Abitur, bewarb sich unsere Mutter an der Philosophischen Fakultät der Bonner Universität um ein Studium der Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte. Die jungen Kriegsrückkehrer erhielten den Vorzug. Ihr Bruder Karl Günther schlug vor, ein Gesuch an die Universität Leipzig zu richten, weil dort Walter Markov, den er seit 1946 kannte, mittlerweile lehrte.

Wenn unsere Mutti von einer Sache überzeugt war, gab es kein langes Zögern, sondern pragmatische Umsetzung. Wie nach Leipzig kommen? Sie bestieg mit ihrem Bruder illegal einen Kohlegüterzug, der sie innerhalb von drei Tagen nach West-Berlin brachte, sitzend in einer Vertiefung, die sie sich schaufelten, indem sie Kohlen hinauswarfen, um nicht einer Kontrolle in die Hände zu fallen bei der Fahrt von der amerikanischen über die britische in die sowjetische Besatzungszone und weiter in den amerikanischen Sektor von Berlin. Von da aus dann nach Leipzig in die Mainzer Straße 15, wo unser späterer Vater, bei dem sie sich melden sollte, zur Untermiete wohnte. Mutti schrieb später: „Der Anblick Walter Markovs, der in Hemdsärmeln und mit den Beinen nach außen in einem offenen Fenster saß, war für mich erschreckend. Ich dachte: Wie sieht der denn aus?“

Es war also nicht die vielbesungene Liebe auf den ersten Blick, jedoch ließ das Gefühl, wir gehören zusammen, nicht lange auf sich warten. Der 6. Dezember 1947, der Hochzeitstag, war der Beginn der Markovs in



Irene Bönninger und Walter Markov als Hochzeitspaar.



Leipzig und der nächste große Abschnitt im Leben unserer Mutter. Die ersten Jahre waren mehr als stürmisch und herausfordernd:

- Der Besuch des jungen Paares bei den Schwiegereltern in Graz war wieder mit illegalem Grenzübertritt verbunden. Die Salach trennte Deutschland von Österreich. Während des Durchquerens des Flusses wurden sie von den Posten gestellt, welche aber beim Anblick unserer total durchnässten, schwangeren Mutter Gnade vor Recht ergehen und sie laufen ließen;
- fünf Kinder innerhalb von neun Jahren;
- der Ausschluss unseres Vaters aus der SED als Titoist wegen seiner jugoslawischen Herkunft;
- der Studienabbruch in Leipzig und Umzug zu ihren Eltern nach Berlin mit Jelka, Alexandra und mir im Bauch, um dort einen Abschluss als Diplom-Bibliothekarin zu bekommen, damit sie, falls unser Vater auch seine Arbeit verliert, die Familie ernähren kann. Das Verlassen der DDR kam für unsere Eltern trotzdem nie in Frage, sie wollten eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, ob als Genossin oder Parteiloser, spielte keine Rolle. Vater hat es so formuliert: „Ich bin vor Hitler nicht weggelaufen, warum sollte ich das dann vor Walter Ulbricht tun“. Unsere Mutter kannte ebenfalls kein Wegducken, sie hielt immer die Fahne hoch;
- Umzug nach Holzhausen, mit Blick auf die Schlachtfelder von 1813, denn die Völkerschlacht bei Leipzig fand weiten Teils in Holzhausen (!) statt. Der Haushalt mit großem Garten, die Erziehung der fünfköpfigen Kinderschar; dem Vater so in jeder Hinsicht den Rücken freihaltend.

Wie viel Energie und Kraft das gekostet hat, ist schwer vorstellbar und hat sich auch in den 60er Jahren nicht minimiert. Vater war von 1961–63 in Nigeria als Professor in Nsukka tätig, Mutti also de facto Alleinerziehende.

Gesellschaftliche Tätigkeiten zuhauf kamen hinzu. Sei es in der Volkssolidarität oder im Demokratischen Frauenbund Deutschlands. Eigentlich hatte sie nie Zeit. Wenn sie dann abends doch ab und zu am Flügel saß, schliefen wir Kinder unter den Klängen von Beethoven, Chopin, Schumann oder Rachmaninow ein. Sie war eine hervorragende Pianistin. Ja, unsere Mutti war immer für Ihre Familie da. Und sowohl sie als auch Vater haben uns viel erlaubt.

Die nächsten zwei Jahrzehnte brachten unserer Mutti neue Herausforderungen, sozusagen die Mühen der Ebene. Wir Kinder

waren flügge geworden, größtenteils aus dem Haus, gingen unserer Arbeit nach und gründeten eigene Nester. Selbstverständlich macht sich eine Mutter immer noch Sorgen, aber die Amplitude und Frequenz verringern sich doch bemerkbar.

Der große Lebensbruch kam 1989/90. Das Land, in welchem unsere Eltern freiwillig und selbstbestimmt 40 Jahre lebten, eben um eine sozialistische Gesellschaft mit aufzubauen und zu gestalten, die DDR, die ihnen Heimstatt geworden war, brach zusammen und hörte auf zu existieren.

Das Haus im Weißdornweg 4 war ein Westgrundstück und der Erbe machte seinen Anspruch darauf umgehend geltend. Mutter ergriff, wie immer, wenn es um praktische Dinge ging, die Initiative und entschied, aus dem Wochenendhaus muss ein Wohnhaus werden.

In Windeseile wurde Summt ausgebaut: ein zusätzliches großes Zimmer, ein komplett neues Dach, eine Heizung und ein Anschluss

an die Kanalisation. Es wurde das Zuhause für über 25 Jahre. Vater starb im Juli 1993 und Mutti, die ihre Aufgabe über alle Zeit im Dasein und Kümmern für die Familie gesehen hatte, begann, zum wievielten Male eigentlich, ein nächstes Leben:

- aktiv in der Parteigruppe der PDS Mühlentbeck/Schildow;
- im Kulturkreis mit Vorträgen über Philosophen und Dichter;
- regelmäßig schwimmen gehen im See;
- die Herausgabe einer Zusammenfassung der Autobiographie unseres Vaters aus Anlass seines 100. Geburtstages mit dem Titel „Wie viele Leben lebt der Mensch“;
- Reisen mit den Enkeln ans Nordkap, nach Paris und London und die wohl wichtigste, nach Mönchengladbach, verbunden mit dem Wiedersehen der Schulfreundinnen.

Im Juli 2016 dann der Schlaganfall und dadurch von einem Tag auf den anderen das

Angewiesensein auf ständige, nicht nur unterstützende Hilfe.

Du Mutti, die Du immer für andere da warst und allen Problemen und Widrigkeiten Paroli geboten hast, fühltest Dich hilflos.

Dein Aufbäumen, Dein Wille, aus der Bettlägerigkeit wenigstens zu einer partiellen Eigenständigkeit zurück zu kehren, weil Du Deinen Lebensabend unbedingt in Leipzig verbringen wolltest, war für drei Jahre von Erfolg gekrönt.

Die letzten zwei Jahre, gekennzeichnet von Tag- und Nachtpflege in Neuenhagen, waren für Dich sehr, sehr schwer. Daran konnten auch die beständigen Besuche von uns, Deinen Kindern und Enkeln, nichts ändern.

Wir waren bei Dir, als Du eingeschlafen bist, friedlich, angstfrei. Nun schaust Du von Deinem Stern auf uns. Wir versprechen Dir, dass wir Deinen Wunsch erfüllen: Wir werden, wie bisher, trotz aller Lebensstürme, stets zusammenhalten. Wir haben Dich im Herzen.

Verdienstvolle Publikation zum Erich-Zeigner-Haus erschienen

Kurt Schneider Das zweigeschossige Gebäude in der Zschocherschen Straße 21 im heutigen Ortsteil Lindenau (früher Plagwitz) ist weit über die Stadtgrenzen Leipzigs hinaus als Erich-Zeigner-Haus bekannt. In dem vermutlich 1860 errichteten und seit 1995 unter Denkmalschutz stehendem Haus wohnten seit 1909 im Erdgeschoß die Eltern des am 17. Februar 1886 geborenen Erich Zeigners. Es war die Zeit, in der sich im Prozess der allgemeinen Industrialisierung Deutschlands die Wandlung des Dorfes Plagwitz in ein Industriegebiet vollzogen hatte, die 1891 zur Eingemeindung in die sich zu einer Industrie- und Handelshochburg wandelnden Stadt Leipzig führte. Parallel bildete sich ein sozialdemokratisch geprägtes Arbeitermilieu, das wiederum die Grundlage für einen beträchtlichen Aufschwung der hiesigen Arbeiterbewegung bildete.

In diesem sozial-politischen Umfeld begann 1905 Erich Zeigners Jura-Studium, dem 1913 seine rechtswissenschaftliche Promotion folgte. 1917 als Trainsoldat zum Kriegsdienst eingezogen, wurde er am 1. Oktober 1918 zum Staatsanwalt beim Landgericht Leipzig ernannt, 1919 trat er der SPD bei. Mit 35 Jahren wurde Erich Zeigner 1921 als sächsischer Justizminister berufen, weshalb er mit seiner Familie nach Dresden zog. Als am 30. Januar 1923 nach einem erfolgreichen Misstrauensantrag der KPD die Regierung zurücktreten musste, wurde Erich Zeigner am 21. März 1923 zum neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen gewählt. Seine von der SPD getragene Regierung, die auf der Grundlage eines Vier-Punkte-Programms von der KPD unterstützt wurde, betrieb nunmehr eine progressive

Reformpolitik, zu der wichtige Gesetze und Initiativen der Zeigner-Regierung angeführt werden.

Doch der SPD-Parteivorstand, der Reichspräsident, der Reichskanzler und seine Regierung waren nicht bereit, die parlamentarische Zusammenarbeit von SPD und KPD zu dulden. Als Zeigner am 10. Oktober 1923 eine gemeinsame Regierung von SPD und KPD bildete, besetzten am 21. Oktober 1923 auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung Reichswehreinheiten Sachsen. Hierzu notierte Erich Zeigner im Rückblick: „Im Spätherbst 1923 wurde die Reichswehr gegen die von mir geführte Regierung in Bewegung gesetzt, die Regierung wurde unter Verfassungsbruch abgesetzt und es begann jene Periode der Ungesetzlichkeiten und des Terrors, von der eine gerade Linie zu den Ungeheuerlichkeiten des Naziregimes der Jahre 1933-1945 führte.“ Somit konnte die Zeigner-Regierung nur gut sieben Monate, davon 19 Tage als Koalitionsregierung von SPD und KPD bestehen. „In dieser kurzen Zeit“, schreiben die Autoren, „leistete sie Beachtliches. Sie ging in die Geschichte ein.“

Dem politischen Sturz Zeigners folgte eine unrechtmäßige Verfolgung durch Verfahren und Prozesse, die zur Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust führten. Inhaftiert in Leipzig und Bautzen, wurde er Ende August 1925 im Vollzug einer allgemeinen Amnestie vorzeitig entlassen. All das hatte für Zeigner eine schwere Lebenskrise zu Folge. Nur dank der Solidarität von Mitgliedern der SPD und der Unterstützung seiner zweiten Ehefrau Annemarie gelang es ihm, 1927 wieder nach Leipzig zurückzukehren und wohnte von nun

an im Haus seiner Eltern. Über den nun folgenden Lebensabschnitt und Zeigners Wirken in demokratischen und sozialistischen Organisationen, über sein vielseitiges Leben als Parteiarbeiter für die SPD bis 1933 und ebenso über sein Überleben und seine antifaschistische Widerstandsarbeit im Nazi-Reich informieren die Autoren in einem gesonderten Kapitel.

Nach der Befreiung vom Faschismus galt es zunächst, antifaschistisch-demokratische Verwaltungsorgane zu bilden, eine Aufgabe, der sich Erich Zeigner verpflichtet sah. Nach Abzug der US-Armee aus Leipzig und deren Zuordnung zur sowjetischen Besatzungszone, schlug der städtische Antifa-Ausschuß auf seiner ersten gemeinsamen Beratung am 5. Juli 1945 der sowjetischen Militärverwaltung vor, Erich Zeigner als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig einzusetzen. Nach der erteilten Zustimmung erfolgte am 15./16. Juli 1945 die offizielle Ernennung und Bekanntgabe. Da er sich erfolgreich gegen das Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht wehrte, als OBM in eine repräsentative Wohnung umzuziehen, wurde ihm schließlich das gesamte Erdgeschoß seines bisherigen Wohnhauses zur Verfügung gestellt.

Die Autoren skizzieren dann seine überaus verdienstvolle Tätigkeit als Leipziger OBM in den schweren ersten Nachkriegsjahren. In enger demokratischer Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Parteien SPD, KPD, CDU, LDPD und vielen ehrenamtlichen Helfern gelang es ihm, die größten lebenswichtigen Probleme der Stadt zu bewältigen. So erfolgte bereits am 5. Februar 1946 die Wiederöffnung der Leipziger Universität und im Mai 1946 fand die erste Leipziger

Friedensmesse statt. Derartige Erfolge, die Zeigners allseitige Anerkennung vertieften, waren nicht frei von unerfüllten Hoffnungen, von Enttäuschungen und Konflikten, insbesondere mit seiner Partei (SED). Am 5. April 1949 verstarb Erich Zeigner nach schwerer Krankheit. Hochgeehrt mit einem Staatsakt der Landesregierung in der Kongresshalle am Zoo, nahm nicht nur Leipzig schmerzhaft Abschied von seinem allseits geachteten Oberbürgermeister. Der Band, mit Zeitleisten und Bildmaterial

sehr leserfreundlich gestaltet, schließt mit einer biografischen Chronik Erich Zeigners ab, ergänzt durch Angaben zu seinem privaten Umfeld sowie mit einer Information zur Arbeit des Erich-Zeigner-Hauses e. V. Leipzig. Als Bildungs- und Begegnungsstätte für Zivilcourage und Demokratie in Geschichte und Gegenwart, finden im Haus vielfältige Veranstaltungen statt, von Lesungen, Podiumsdiskussionen bis hin zu Ausstellungen und anderen Angeboten der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Nach dem

Liegenschaftswechsel des Hauses zum Kulturamt der Stadt Leipzig 2022 soll es zusammen mit dem Garten 2024 bis 2025 komplett saniert werden und seinen bisherigen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung unter neuen modernen Anforderungen weiterführen.

① M. Hötzel, N. Franke, H. Lewkowitz: Ort der demokratischen Zivilcourage im Wandel der Zeit – das Erich Zeigner-Haus. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung und gefördert durch das Kulturamt der Stadt Leipzig. Herausgeber: Erich Zeigner-Haus e. V., Leipzig 2022. 82 Seiten im DIN-A4-Format.

Zur kritischen Kritik der Konsumkritik (Teil 1/2)

Christian Anneck Das Jahresende ist vorbei und pünktlich zur Weihnachtszeit wurde dem allzu oft gescholtenen Konsum einiges an Kritik entgegengebracht. Es ist also höchste Zeit, ein paar Worte über den Konsum und die Konsumkritik zu verlieren. Denn Interessantes lässt sich hierbei in der Tat feststellen. Sei es an den Aussagen grüner Konsumkritiker, welche Bio und Fairtrade zum Maß der Dinge machen, oder sei es an den Aussagen von Wirtschaftspolitikern, welche die Kauflaune durch Anreize und Subventionen anheizen oder steuern wollen. Wir können insbesondere in Zeiten von Wirtschaftskrisen in bester keynesianistischer Manier feststellen, dass Konsum allzu oft eingefordert wird, damit das Wirtschaftswachstum gedeihe. Daran kann man schon einiges ableiten. Denn in unserer schönen neuen Welt des Kapitalismus ist eine bedarfsorientierte Versorgung nicht der Zweck, sondern der Konsum, welcher zudem noch eine Schranke namens Geld beinhaltet, ist das Mittel, um den Zweck eines Wachstums voranzubringen. Aber was meint hierbei Wachstum? Dazu später mehr.

Welche Möglichkeit hat also der staatsbürgerlich gepflegte Verbraucher, um den Konsum anzutreiben? Eigentlich nur eine, nämlich sein Einkommen für Waren und Dienstleistungen herzugeben. Und hierbei gibt es auch noch ständig Parolen, um das Konsumklima und die Kauflaune anzuheizen, damit Ersparnisse draufgehen oder Kredite für zusätzliche Anschaffungen aufgenommen werden. Kredite sind hierbei ein Mittel, um Schranken des Tausches zu beseitigen, damit Wachstum finanziert werden kann. Hier gibt es aber einen wichtigen Widerspruch. Denn auf der einen Seite ist das Einkommen der Menschen das Realisierungsmittel für den Umsatz der Waren und kann gar nicht groß genug sein. Aber auf der anderen Seite, woher kommt denn das Einkommen? Dieses ist Teil der variablen Kosten in der betrieblichen Bilanz. Das Einkommen der Lohnabhängigen schmälert folglich den Gewinn der Unternehmen und ist dementsprechend immer recht knapp bemessen. Dass die Lohnabhängigen hierbei aber in ihrer Arbeit mehr geldwerte Leistung

abliefern, als sie selber kosten, ist eine basale Einstellungsvoraussetzung. Dementsprechend: Wenn es um den Konsum geht, ist die verfügbare Größe zu klein; wenn es um das Einkommen geht, zu hoch.

Worin besteht hierbei jetzt die Freiheit des Konsums? In der Wahlfreiheit der Auswahl von Waren und Dienstleistungen. Der Konsument kann hierbei zwischen verschiedenen Arten wählen und sie qualitativ und quantitativ vergleichen. Die Wahlfreiheit wird aber schon vorher beschränkt: Durch das Sortiment der Anbieter, durch die Preise und durch den Geldbeutel. Die Alternative wäre zudem noch der Verzicht. Hierbei bestehen unterschiedliche Möglichkeiten. 1. Das Sparen: Also Verzicht heute für den Konsum von morgen. Oder 2. die Schranke des Tauschwertes öffnen durch den Kredit, sprich: Konsum heute, Verzicht morgen, denn der Kredit muss zurückgezahlt werden und zwar mit Zins. Und am Ende kann, egal wie sich entschieden wird, festgestellt werden: Das hart erarbeitete Geld ist in die Kassen derer zurückgeflossen, die davon am meisten profitieren. Hierbei beginnt der Kreislauf des Verkaufs der Arbeitskraft und der Kapitalgewinnung von vorn. Und der Lohnabhängige geht wieder zur Arbeit und reproduziert sich, damit er morgen wieder zur Arbeit gehen kann. Er lebt, um zu arbeiten, damit er leben kann, um zu arbeiten. Ausgerechnet die abhängige Variable der ganzen kapitalistischen Produktion bildet sich ein Einfluss nehmen zu können, sprich König Kunde zu sein.

Zum Thema Konsumkritik: Kritik wird nicht an der kapitalistischen Distribution inkl. all dem Ausschluss vom Reichtum der kapitalistischen Warenwelt geübt, sondern an einem Zuviel an Konsum. Was für ein Widerspruch: Menschen, die nicht wissen, wie sie am Ende des Geldes den Monat überstehen soll, finden sich in der sog. „Überflusgesellschaft“ wieder. Einer Überflusgesellschaft, die auch noch von Dioxinbelastung in Lebensmitteln, Klimabelastung und schlechten Arbeitsbedingungen geprägt ist, wo dann der Konsument die Verantwortung übernehmen soll. Nämlich qua Konsumentenmacht. Weil er am Einkauf beteiligt ist, soll dieses als

Ursache gelten und per Einkauf korrigiert werden.

Behauptet wird, dass wir in einer Wohlstandsgesellschaft leben, also in einer Gesellschaft, die ein gutes Leben, materiellen Reichtum im Prinzip allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verfügung stellt. Geld wird hierbei als Zeichen des Reichtums angesehen. Allerdings ist Geld hierbei das Mittel, um eine Zugriffsmacht auf den Reichtum der Gesellschaft, also Waren und Dienstleistungen, zu ermöglichen. Wer kein Geld hat, muss einen Unternehmer auf dem Markt der Arbeit finden, den er mit seiner Arbeitskraft bereichert. Durch diesen Handel, Kauf/Verkauf von Arbeitskraft qua Geld, wird Zugriffsmacht erlangt. Fakt ist auch: Millionen Menschen unserer Wohlstandsgesellschaft sind ohne Arbeit und ohne Einkommen, sprich mit sehr wenig Zugriffsmacht auf Waren und Dienstleistungen ausgestattet. Geld ist hierbei also nicht nur ein Mittel für den Zugang zu den schönen Dingen, sondern vor allem Zweck kapitalistischer Wirtschaft. Seine Vermehrung durch die Arbeitskraftverkäufer ist Ziel und Kriterium ihrer Benutzung. Und mit dem Lohn werden sie auf die Erhaltung ihrer Lohnarbeitsexistenz festgelegt. Die Lohnabhängigen werden systematisch vom Reichtum ausgeschlossen, den sie produzieren und sich durch den Verkauf von Arbeitskraft erarbeiten müssen.

Und dann wird der König Kunde auch noch als demokratischer Entscheidungsakteur betitelt, welcher mit seinen Geldscheinen Signale und Weichen stellt. Hier aber die Frage: Wo es einen König, also einen Herren gibt, wo ist dann der Knecht? Fakt ist doch, dass die Lohnabhängigen erst dienen müssen, knechten müssen, damit mit den verdienten Geldscheinen Kaufakte getätigt werden können. Bei diesem suggerierten Abstimmungsverfahren sind die Teilnahmebedingungen aber besonders perfide. Und das lernt bereits jedes Kind, wenn es mit Plastikspielgeld und Plastikdingen den Supermarkt nachspielt. Nicht das Bedürfnis zählt, sondern die bezahlbare Nachfrage ist wichtig. Der Bedarf ist nicht das Ziel, sondern Mittel und zwar für den Gewinn in der Produktion.

Das neue Z-Heft: Klassenbewusstsein reloaded

① **Redaktionshinweis:** In der letzten Druckausgabe des Mitteilungsblattes wurde an dieser Stelle leider versehentlich ein älterer Text abgedruckt, der somit nicht zur Überschrift passte. Dementsprechend erfolgt hiermit eine Entschuldigung seitens Redaktion und die Korrektur bzw. Nachveröffentlichung.

Christian Anneck und Alexander Schmidt
Der Themenschwerpunkt des aktuellen Z-Heftes steht ganz im Zeichen der Problematik des Klassenbewusstseins und der Frage nach Möglichkeiten zur Herausbildung eines kollektiven politischen Subjekts. Der Fokus liegt in diesem Heft ganz auf der Empirie und versammelt eine Reihe interessanter Studien, die aus unserer Sicht wichtiges Füllmaterial für eine seit Jahren klaffende Leerstelle nicht nur in der kritischen Sozialforschung, sondern auch linker politischer Theorie und Praxis.

Der Aufsatz von Yannik Pein bietet dem unbewanderten Leser zwar einen Abriss zum Forschungsstand des historischen und kontemporären Forschungsstandes, bietet dem sachkundigen Leser jedoch kaum Neues. Interessanter wäre die vom Autor selbst geforderte Studie nach förderlichen Ansatzpunkten für die Herausbildung eines politischen Klassenbewusstseins gewesen. Das Highlight des Bandes bilden die darauffolgenden empirischen Studien, welche nicht nur ein interessantes Design bieten, sondern sich darüber hinaus in ihren Daten und Ableitungen wechselseitig ergänzen. Detje und Sauer greifen die bei Pein nur am Rande aufgeworfene Fragestellung auf und zeigen anhand von kollektiven Widerstandserfahrungen, dass entgegen allen Beschwörungen von Fragmentierung und Singularisierung Ansätze für ein "kooperative Solidarität" sehr wohl gegeben sind. Der Beitrag von Linda Beck widmet sich der Frage nach Möglichkeiten einer "solidarischen Klassenpolitik" zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Lohnabhängigen und erforscht dazu das Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen. Damit greift sie nicht nur eine aus unserer Sicht wesentliche Leerstelle linker Theorie und Praxis auf, sondern ver-

mag darüber hinaus mithilfe ihrer Ergebnisse eben jene im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu füllen. Maren Hassan-Beik beleuchtet in ihrem Artikel nach den sozialstrukturellen Ursachen für den Widerspruch von sozialer und ökologischer Frage und untersucht dazu vergleichend die Krisenwahrnehmungen bei Fridays-for-Future-Demonstrierenden und Auszubildenden in der Automobilindustrie. Erschreckend dabei ist vor allem der Befund, dass die Befragten Auszubildenden einen hohen Grad an ideologischer Anpassung aufweisen und damit die Krisenwahrnehmung nicht in der Intensität ausfällt, in

Neben dem Themenschwerpunkt sind auch im Dezember-Heft erneut eine Reihe interessanter Beiträge zur Lage und Entwicklung sozialer Bewegungen und der allgemeinen politischen Situation versammelt. Liegl und Kilroy setzen ihr "Streik-Monitoring" fort und können anhand ihrer Daten eine gewisse Normalisierung und Aktivierung von Arbeitskämpfen nach den Pandemie-jahren zeigen. Interessant sind dabei vor allem die Darstellung für Gesundheitssektor und ihre Thesen für kommende Auseinandersetzungen. Ebenso sind eine Reihe interessanter phänomenologischer Studien zu den Sozialprotesten im Herbst 2022 versammelt, deren Lektüre die Autoren jedem Interessierten ans Herz legen können. Zudem finden sich Aufsätze zur Situation der Linken in Chile nach der Zurückweisung des Verfassungsreferendums im September dieses Jahres von Dieter Boris und Analysen zum Rechtsruck um Ausgang der Wahlen in Italien von Stefano G. Azzara. Zudem durfte auch einer der Autoren dieser Zeilen erstmalig in einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit einer empirischen Studie (DIE LINKE im Sinkflug?) zur Lage unserer Partei debütieren.

In einer Reihe weiterer Beiträge widmen sich Autoren wie André Leisewitz der sozialstrukturellen Entwicklung Deutschlands und Czeskleba-Dupont der Frage nach der Gewalt in der internationalen Politik. Zudem findet sich ein interessantes Interview mit dem Filmemacher Hermann Abmayr zur Problematik des Radikalenerlasses und seiner Folgen. Ebenso sind auch in diesem Heft Beiträge zur Marx-Engels-Forschung sowie Berichte über eine Reihe von Konferenzen und Tagungen als auch eine Vielzahl an Kommentaren, Buchbesprechungen, Diskussionen und Zeitschriften versammelt. Schlussendlich bleibt damit nur noch zu sagen, dass sich auch das Dezember-Heft als Fundus wichtiger und interessanter Impulse für kritische Forschung und linke politische Praxis entpuppt, deren Bandbreite an Beiträgen hier nur schwer angemessen gewürdigt werden können.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 132, Dezember 2022

Lohnabhängigenbewusstsein

Lohnabhängigenbewusstsein – Solidarität und Konkurrenz in der Krise
Pein – **Konjunkturen des (Klassen-)Bewusstseins**/Detje/
Sauer – **Arbeitssolidarität**/Hassan-Beik – **Klasse, Bewegung und Krise**/Beck – **Differenz und Gemeinsamkeit**/Bayraktar – **Literatur und Klassenbewusstsein**

Soziale Bewegungen
Liegl/Kilroy – **Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2022**/
Genschel u.a. – **Sozialproteste Herbst 2022**

Politische Trends
Boris – **„Rechazo“ in Chile**/Azzarà – **Italien weiter nach rechts**/Schmidt – **LINKE im Sinkflug?**

Marx-Engels-Forschung
Rüdiger/Galander – **Aufbauplan von Karl Marx (II)**/
Heinrich – **Replik**

Weitere Beiträge
Leisewitz – **Sozialstruktur der BRD 1996-2019 (IV)**/
Czeskleba-Dupont – **Preußischer Militarismus – US-amerikanische Gewaltherrschaft**/Abmayr – **Demokratische Grundrechte**

Einzelpreis 10,00 Euro

der sie sollte. Mesut Bayraktar hat in seiner Studie die Aspekte einer kontemporären klassenbewussten Literatur analysiert und liefert eine empfehlenswerte Überblick- und Einordnungsdarstellung, versäumt aber nicht den aktuellen Trend der "neuen Klassenliteratur" in Hinblick auf ästhetische Mittel, Merkmale und Grenzen ihrer selbst zu diskutieren.

Der 13. August 1961 und Walter Ulbricht

Volker Külow Von besonderem Interesse dürfte in der aktuellen Ausgabe der Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung die Dokumentation von Siegfried Prokop zu dem erstmals veröffentlichten, sehr aufschlussreichen Brief von Walter Ulbricht an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961 – wenige Tage vor der Errichtung der Mauer – sein. In seiner ausführlichen Einleitung arbeitet Prokop heraus, dass es Ulbricht in seinem zehneitigen Schreiben an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU vor allem darum ging, anhand maßgeblicher Fakten zu verdeutlichen, wie außerordentlich ernst die Lage in der DDR seinerzeit war. Der Produktionszuwachs sei deutlich hinter den Ziffern des Siebenjahresplanes zurückgeblieben. Ulbricht habe versucht, den sowjetischen Partei- und Staatsführer davon zu überzeugen, dass das Ende der 1950er/Anfang der 60er-Jahre unerträglich gewordene Flüchtlingsstrom unbedingt unterbunden werden müsse. Wenn nicht gehandelt werde, sei der wirtschaftliche Kollaps der DDR unvermeidlich.

Ulbricht ließ allerdings offen, auf welchem Wege dieser zu verhindern sei. Auch habe er wesentliche Ereignisse und Fakten ausgeklammert wie etwa den Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1961 über die Einstellung des Flugzeugbaues in DDR. Zu diesen „Leerstellen“ zählte auch die Vorverlegung des Abschlusses der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft im Jahre 1965 auf das Jahr 1960 – damals als „Sozialistischer Frühling“ gefeiert – mit dem Ergebnis, dass die landwirtschaftliche Bruttoproduktion, die zeitweilig zweistellige Wachstumsraten aufwies, nunmehr stagnierte; die vorschnelle Einführung der polytechnischen Bildung in der DDR, wodurch 80 Prozent von zwei Altersjahrgängen für die Produktion nicht zur Verfügung standen, was die ohnehin prekäre Arbeitskräftesituation enorm verschärfte. Ob Chruschtschow Ulbricht Brief beantwortet habe, sei nicht bekannt. Doch wie er reagierte, schon, wie Prokop aufzeigte. In dem persönlichen Treffen mit Ulbricht Anfang August 1961 in Moskau sei Chruschtschow von der von der ins Auge gefassten Lufttransport Sperre im Zusammenhang mit

dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages mit der DDR abgerückt und habe die Abriegelung Westberlin – die Errichtung einer Mauer – favorisiert. Ulbricht sei darüber verstimmt, denn er war gegen die hermetische Schließung der Sektorengrenzen. Diese hielt er für ein „denkbar ungeeignetes Mittel“, da es „für das innen- und außenpolitische Prestige der DDR außerordentlich abträglich sei“ und „sein Bemühen um internationale Anerkennung zurückwerfe“. Ulbricht war in dem Gespräch mit Chruschtschow davon ausgegangen, dass die Ankündigung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR nach dessen erfolglosen Gesprächen mit Kennedy im Juni 1961 in Berlin das gemeinsam verfolgte Ziel sei.

habe er auf der internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 in Berlin zutreffend erklärt: Niemand habe die Absicht, eine Mauer zu errichten. Dafür spreche unter anderem ein Beschluss des Magistrats von Groß-Berlin, dass DDR-Bürger, die einer Beschäftigung in Westberlin nachgingen, sich rasch zu registrieren haben. Auch ein Politbürobeschluss vom 18. Juli 1961 zur Vorbereitung des 90. Geburtstages von Karl Liebknecht am 13. August 1961, in dem auch eine Kundgebung am 14. August am Potsdamer Platz vorgesehen war, unterstreicht das. Zähnknirschend habe Ulbricht dann Chruschtschows „Mauer-Entscheidung“ zugestimmt, da er ohne die Sowjetunion keinen Ausweg für die Existenz der DDR gesehen habe.

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung



Walter Schmidt: Die Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49 von 1973 und 1988. Die Geschichte ihrer Entstehung und Überarbeitung. Zum 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49.....	3
Stefan Bollinger: „Hindenburg hat Hitler betraut. Die Zeichen stehen auf Sturm.“ Die Machtübergabe durch die konservativen Eliten am 30. Januar 1933 war ein Bruch nicht nur der deutschen Geschichte.....	73
Siegfried Prokop: Der Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961. Eine Dokumentation.....	115

trafo Wissenschaftsverlag

65. Jahrgang • März 2023 • Preis 16,00 EUR

1/2023

Wir wissen heute aus den veröffentlichten „Erinnerungen“ von Franz Josef Strauß, dass im Falle der Umsetzung der „Luftkorridor-Variante“ der Abwurf einer Atomwaffe auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz vorgesehen war. In diesem Zusammenhang habe Chruschtschow dem damaligen Botschafter der Bundesrepublik in der Sowjetunion, Hans Kroll, zu verstehen gegeben, dass eine Luftsperrung sein Land „zu einem ernsthaften Konflikt mit den Vereinigten Staaten geführt“ hätte. Dieser letztlich entscheidende Grund für das Umschalten auf die „Mauer-Variante“ wird bekanntlich bis heute vom Zeitgeist permanent ausgeblendet.

Aus Platzgründen können hier die anderen Beiträge nur noch genannt werden: Stefan Bollinger zu den Ursachen und Lehren des 30. Januar 1933, Walter Schmidt zum 175. Jahrestag der Revolution von 1848/49, Ulrich Busch zum Kommunismus (als globales Zukunftsprojekt, Utopie oder überwundene Realität), Andreas Heyer zu den ablehnenden kulturpolitischen Stellungnahmen in der SBZ gegenüber dem Philosophen Nietzsche und Christian Stappenbeck zum Buch von Prokop „Die Ulbricht-Ära“.

① Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/2023, 179 S., 16 Euro zuzgl. Porto. Bestellungen beim trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist, Finkenstr. 8, 12621 Berlin, Tel.: (030) 61299418; E-Mail: info@trafoberlin.de oder in jeder Buchhandlung.



Lubbe Gedenkstein (Fotos: Heinz-Joachim Halbach)

Die verhängnisvolle Brandstiftung vom 27. Februar 1933

Volker Külow Als vor 90 Jahren, am 27. Februar 1933, der Reichstag brannte, war Adolf Hitler seit vier Wochen Reichskanzler. Erst durch die Reichstagsbrandverordnung am nächsten Tag wurde der Nazi-Terror allumfassend und allgegenwärtig. Bis heute ist der Reichstagsbrand als ein entscheidendes Ereignis der deutschen Geschichte allerdings nicht aufgeklärt. Seit Jahrzehnten hält sich die These eines kommunistischen Einzeltäters und deshalb hielt man in der Historikergilde der Alt-BRD den Reichstagsbrand lange für abgehakt.

Spätestens mit dem Buch des US-amerikanischen Historikers Benjamin Carter Hett „Der Reichstagsbrand. Wiederaufnahme eines Verfahrens“ geriet 2016 die maßgeblich vom SPIEGEL kolportierte Mär vom angeblichen Einzeltäter Marinus van der Lubbe stark unter Druck. Das Buch war eine beeindruckende geschichtswissenschaftliche Leistung, die mit umfangreichen, teilweise sensationellen Enthüllungen aufwartete. In seinem Werk konnte Hett u. a. Fritz Tobias (1912–2011), dem Autor einer elfteiligen Artikelserie für den SPIEGEL in den Jahren 1959 und 1960, die Unterschlagung von Beweismitteln nachweisen.

Jetzt legt der renommierte Buchautor Uwe Soukup – u. a. Verfasser einer vielbeachteten Biographie über Sebastian Haffner – anlässlich des 90. Jahrestages der damaligen Ereignisse ein weiteres Werk zum Thema vor. Anhand von historischen Quellen, vergessenen Zeugenaussagen und neuen Indizien zeigt er, dass der Reichstag nicht von einer einzelnen Person ohne jegliches Hilfsmittel innerhalb weniger Minuten in ein flammendes Inferno verwandelt werden konnte. Uwe Soukup wagt den Versuch einer Aufklärung: Es geht um die dramatischen Ereignisse in einer Nacht vor 90 Jahren und darum, wie die Nazis die Demokratie endgültig abschafften. Es geht aber auch um einen beispiellosen Geschichtsskandal in der bundesdeutschen Nachkriegszeit – zwischen unterschlagenen Beweismitteln, Erpressungen und alten Nazi-Verbindungen.

Nachbetrachtung: Mit dem Reichstagsbrandprozess vom 21. September bis 23. Dezember 1933 vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig gegen Marinus van der Lubbe, Ernst Torgler, Georgi Dimitrow, Blagoi Popow und Wassil Tanew ist eines der zentralen Kapitel der Etablierung der faschistischen Diktatur in Deutschland untrennbar

mit der Stadt Leipzig und ihrer Tradition als überregionaler Geschichtsstandort verknüpft. Hier wurde der Angeklagte und geständige Marinus van der Lubbe schließlich aufgrund einer rückwirkenden Gesetzesänderung und damit de facto als Opfer eines Justizmordes als alleiniger Brandstifter zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 in Leipzig hingerichtet.

Unweit seines bisher anonymen Grabes auf dem Leipziger Südfriedhof in der VIII. Abteilung befindet sich seit 1999 ein Gedenkstein, gestaltet von den niederländischen Künstlern Ron Sluik und Reinier Kopershoek, mit Versen aus van der Lubbes Gedicht „Schönheit, Schönheit“. In absehbarer Zeit wird die von der Paul-Bendroff-Gesellschaft angeregte Umsetzung des Gedenksteins direkt auf das Grab erfolgen – als notwendiger Beitrag zur authentischen Wiederherstellung der Grabstätte und kleines Zeichen der posthumen Gerechtigkeit gegenüber Marinus van der Lubbe.

① Uwe Soukup: Die Brandstiftung. Mythos Reichstagsbrand – was in der Nacht geschah, in der die Demokratie unterging. Berlin 2023, Heyne Verlag München, 22 Euro



UWE SOUKUP, geboren 1956, ist Erziehungswissenschaftler, war in Kinderheimen, Jugendämtern, als Familienberater sowie als Redakteur und Verleger tätig. Heute arbeitet er als freier Journalist und Buchautor. Seine Artikel erscheinen u. a. im *Tagesspiegel*, der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, der *Zeit* und im *Spiegel*. 2001 veröffentlichte Soukup eine vielbeachtete Biografie über Sebastian Haffner. In seinen Büchern *Wie starb Benno Ohnesorg?* und *Der 2. Juni 1967. Ein Schuss, der die Republik veränderte* erforschte er die Todesumstände des Studenten Benno Ohnesorg. Uwe Soukup lebt in Berlin.

Umstraggelgestaltung: wilhelm typo grafisch, unter Verwendung eines Fotos von picture alliance/United Archives

DER BEGINN DER GRÖSSTEN KATASTROPHE DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Als im Februar 1933 der Reichstag brannte, war Adolf Hitler seit vier Wochen Reichskanzler. Erst durch die anschließende Reichstagsbrandverordnung wurde der Nazi-Terror allumfassend und allgegenwärtig – und doch liegen die genauen Umstände des Brandes bis heute im Dunkeln. Klar ist, wie Uwe Soukup anhand von historischen Quellen, vergessenen Zeugenaussagen und neuen Indizien zeigt, dass der Reichstag nicht von einer einzelnen Person ohne jegliches Hilfsmittel innerhalb weniger Minuten in ein flammendes Inferno verwandelt werden konnte. Und doch wird genau diese Theorie bis heute von vielen Historikern vertreten und von Institutionen und Medien verteidigt.

Uwe Soukup wagt den Versuch einer Aufklärung: Es geht um die Ereignisse in einer Nacht vor 90 Jahren und darum, wie die Nazis die Demokratie endgültig abschafften. Es geht aber auch um einen beispiellosen Geschichtsskandal in der Nachkriegszeit – zwischen unterschlagenen Beweismitteln, Erpressungen und alten Nazi-Verbindungen.

HEYNE UWE SOUKUP DIE BRANDSTIFTUNG

UWE SOUKUP



DIE BRANDSTIFTUNG

Mythos Reichstagsbrand – was in der Nacht geschah, in der die Demokratie unterging

HEYNE

Am Abend des 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Die Nazis waren erst seit einem Monat an der Regierung, noch galten die Gesetze der Weimarer Republik. In der Brandnacht, noch während aus dem Reichstagsgebäude Flammen schlugen, setzte der willkürliche staatliche Terror ein, legitimiert durch die Reichstagsbrandverordnung vom nächsten Tag.

Bis heute ist der Reichstagsbrand als entscheidendes Ereignis der deutschen Geschichte nicht aufgeklärt. Seit Jahrzehnten hält sich die Theorie eines kommunistischen Einzeltäters. Mithilfe von historischen Zeugenaussagen und neuen Ermittlungen gelingt es Uwe Soukup, zu zeigen, dass die Brandstiftung für einen einzelnen Täter in dieser Form nicht möglich gewesen sein kann. Man mag heute vielleicht nicht mehr zweifelnd ergründen können, wie es tatsächlich gewesen ist, aber man kann durchaus aufzeigen, wie es nicht gewesen sein kann.

Uwe Soukup geht der Geschichte der Einzeltätertheorie auf den Grund, die ihren Ursprung im Nazi-Prozess um die Brandstiftung hatte, in der Nachkriegszeit von einem Amateurhistoriker akribisch dargelegt wurde und durch den *SPIEGEL* und das Institut für Zeitgeschichte Legitimation erhielt.

Zwischen Vertuschungen, Erpressungen, alten Nazibanden und persönlichen Verwicklungen deckt Uwe Soukup einen historischen Skandal auf, dessen Wirkung bis heute anhält.



Entwurf Prof. Coersmeier 1992: "Beiträge zur Stadtentwicklung 10/1993 Dezernat Stadtentw. u. Raumplanung - Stadtplanungsamt".
Quelle: Wettbewerb "Alte Messe West": de+architekten gmbh

Alte Messe West integriert planen

Siegfried Schlegel Am 18. Januar wurden im Stadtbüro des Neuen Rathauses bei der Eröffnung einer Ausstellung die vier besten Entwürfe des Ideenwettbewerbs "Alte Messe West" vorgestellt sowie die Platzierungen und Verfasser bekannt gegeben.

Am 16. Oktober 1991 beschloss damalige Stadtverordnetenversammlung (seit 1994 Stadtrat) die Verlagerung der Technischen und Innenstadt-Messe sowie der agra in den Norden Leipzigs, wo ein modernes Messeareal entstehen sollte. Die daraufhin für die Entwicklung des Areals der Alten Messe gegründete städtische Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft (LEVG) sowie die Stadtverwaltung und parlamentarischen Gremien haben über viele Jahre gute Erfahrungen mit Kolloquien, Stadtwerkstätten und Workshops für die Erarbeitung und Fortschreibung des Rahmenplanes für das Gesamtareal der Technischen Messe und Umgebung gemacht.

Wichtig war, dass die Ergebnisse der jeweiligen Veranstaltungen der Öffentlichkeit auf Bürgerforen und in Ausstellungen zur Diskussion gestellt wurden, bevor durch die Verwaltung Beschluss- bzw. Informationsvorlagen ins parlamentarische Verfahren gebracht wurden. So wurde bereits im 2. Halbjahr 1992 ein mehrstufiges kooperatives Gutachterverfahren mit dem Ziel durchgeführt, ein städtebauliches und funktionales Konzept für das Areal der Technischen Messe mit rund 52 ha und des Umfeldes mit rund 43 ha zu erarbeiten. Zum damals betrachteten Umfeld gehörte auch das heute als „Alte Messe West“ bezeichnete Quartier mit Kohlrabizirkus sowie zwischen der zu erhaltenden bahnbegleitenden Kleingartenanlage und der neu gebauten Zwickauer Straße bis zur Richard-Lehmann-Straße. Zum Umfeld gehörten ebenso der südlich gelegene Messegrund, die Bio-City an der Westseite des Deutschen Platzes und die Fläche zwischen Deutscher Nationalbibliothek und Halle 7 an der heutigen Curiestraße. Als noch gewidmetes Bahngelände wurden der Lokschruppen und die angrenzenden Gleis-

anlagen damals nicht mit betrachtet. Die Ergebnisse sollten Grundlage für einen ab November 1992 zu erarbeitenden Rahmenplan sein. Nicht unberechtigt stand damals die Befürchtung im Raum, dass die Areale verramscht und nur ein tristes Büroviertel entsteht. Der Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Stadtrat Niels Gormsen als Leiter des Dezernates Stadtentwicklung und Raumplanung, aber auch die damalige PDS-Fraktion waren sich darin einig, dass auf der Alten Messe ein urbaner Stadtteil im Herzen der Stadt mit Zentrumsfunktion in Ergänzung des kleinflächigen historischen Stadtzentrums mit Wissenschaft, Forschung und universitären und Hochschuleinrichtungen ergänzt durch größerflächigen Einzelhandel und Kultur entstehen soll.

Im Ergebnis des Gutachterverfahrens mit Vorschlägen für kompakte kleinräumige Quartiere mit einem großen Wohnungsanteil wurde schnell klar, dass dies zu extremen Nutzungskonflikten führen wird. Da das betrachtete Areal aber von wohnungsgeprägten Stadtquartieren umgeben ist, entwickelte sich nachfolgend die Erkenntnis, auf der Alten Messe auf Wohnen ganz zu verzichten, obwohl zwischenzeitlich noch ein Wettbewerb für Stadthäuser zwischen Bahneinschnitt und Allee Alte Messe durchgeführt worden war. Im Ergebnis des Abschlusskolloquiums im November 1992 war empfohlen worden, den Entwurf des Architektenbüros von Prof. Coersmeier aus Köln auch als Grundlage für den Rahmenplan weiterzufolgen. Sah doch der Entwurf den Erhalt und die Nachnutzung der von den Messehallen geprägten Quartiere der Alten Messe vor und sollten nur die umgebenden Quartiere neu geordnet werden. Das ermöglichte in all den Jahren den weitestgehenden Erhalt der Messehallen und deren Umnutzung.

Deshalb konnten nachfolgend auch parallel laufende Wettbewerbs- und Bebauungsplanverfahren für einzelne Bauvorhaben organisiert werden. Diese betrafen dann oft vorrangig die Fassaden. Mehrere Entwürfe wurden im städtischen Gestaltungsforum

zur Diskussion gestellt, wenn die Kubaturen und Gebäudehöhen vorbestimmt waren. Ebenso waren die Trassen der unterirdischen Stadttechnik sowie die Verkehrswege und Parkflächen geklärt. Profitiert haben dadurch die zahlreichen beschleunigten Wissenschafts- und Gewerbeansiedlungen.

Nicht nachvollziehbar ist deshalb die Kritik von Alexander Gunkel vom FDP-Kreisvorstand im LVZ-Artikel „Leipzig plant Technologiepark am Kohlrabizirkus – und erntet dafür Kritik“ am 12. Januar 2023. Nach dessen Meinung vermischt die Stadt in „unzulässiger“ Weise die hoheitliche Aufgabe der Bauleitplanung mit der baulichen Entwicklung der Gemeinschaftseinrichtungen. Dabei ist beides klar durch Gesetze geregelt. Da das neue Quartier „Alte Messe West“ ganzheitlich funktional und integriert sein soll, sind im Einzelfall auch Umlegungsverfahren mit Flächentausch nicht ausgeschlossen. Das funktioniert aber nicht ohne Einbeziehung und Zustimmung der jeweiligen Flächeneigentümer. Das Tempo der baulichen Umsetzung bestimmen dann die Investoren. Kleinräumige Bebauungsplanverfahren ohne eine Rahmenplanung funktionieren deshalb nicht oder dauern länger. Völlig daneben ist der Vergleich mit der Entwicklung des Areals Bayerischen Bahnhofs. Nach und während der jahrelangen Verhandlungen zwischen Stadt und Deutscher Bahn hatte Letztere das Areal ohne Wissen der Stadt verkauft. Wenig verwunderlich, dass das Entwicklungsgebiet bisher nur Gegenstand von Grundstücksspekulationen geworden ist. In die Vorbereitung und Erarbeitung der Aufgabenstellung des diesjährigen Ideenwettbewerbs waren auch die öffentlich tagenden Stadtbezirksbeiräte von Mitte und Süd einbezogen.

Als dienstältestes Mitglied seit Gründung des LEVG-Aufsichtsrats setzt sich der Autor aktiv für die Entwicklung des Areals in Umsetzung der Rahmenplanung ein und war bei zahlreichen Architektenwettbewerben für die Alte Messe als Sach- bzw. Fachpreisrichter tätig.



Foto: Klaus Schmidt - pixabay.com

Mit Porsche auf dem Highway No Hell

Eva Brunne Die Verkehrswende wird blockiert

Nicht nur der Verkehrsminister blockiert die Verkehrswende, die Automobilkonzerne tun sich besonders hervor. Statt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen, schwelgen sie im pubertären Wolkenkuckucksheim und setzen unsere Gesundheit und Zukunft aufs Spiel.

Statt Mobilität für alle zu gewährleisten, hat die Führungsetage der „Volkswagen Group“ den nächsten Streich in der Mache: mit Zustimmung vom Aufsichtsrat soll der Einstieg in die Formel-1, XXXXL Motoren mit 544 Pferdestärken kommen. Dreijährige Gehirne in Körpern erwachsener Männer? Zeigen, wer den Größten hat? Oder welcher Umstand treibt sie dazu, mit einem Mordsaufwand Ressourcen zu verschwenden und Emissionen zu erzeugen, damit dumme Jungs im Kreise umher rasen können? Gebt ihnen Bobbycars, damit sie weniger Schaden anrichten!

Tatsächlich müssen wir uns mit der Tatsache befassen, dass der größte deutsche Autokonzern, zu dem auch Porsche Leipzig gehört, mit einem Umsatz von 222,88 Milliarden € (2020) von Leuten geführt wird, die jeglichen Bezug zur Realität verloren haben. Neben der Formel-1 stehen Flugtaxis auf der Agenda. „Aber Blume wird scheitern wie Müller und Diess vor ihm, weil die Strategie grundlegend falsch ist. Es wird in jeder Weise aufgerüstet, elektrifiziert, digitalisiert und automatisiert – immer sehr teuer und an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen, an den Bedürfnissen der Städte und an der Kaufkraft der Menschen vorbei.“

Die Internetseite der Porsche AG gibt vor, den Klimawandel im Blick zu haben: „Der Klimawandel treibt an. Die Elektromobilität setzt sich weiter durch. Porsche begreift diese Herausforderungen als Chance: ‚Der Blick in die Zukunft ist immer mit Ungewissheit verbunden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Strategie uns Orientierung gibt und große Themen mit konkreten Unternehmenszielen verbindet. Unsere Strategie 2030 ist dafür eine ausgezeichnete Basis‘, sagt Oliver Blume, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG.“ Inzwischen ist er Vorsitzender der gesamten Volkswagen AG. Ihr erinnert euch sicher, der

Mann mit dem direkten Draht zu Lindner mit dem Ergebnis, dass E-Fuels in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden.

Tatsächlich kann der Klimawandel nicht die Motivation von Blume sein, denn sein 10-Punkte-Plan ist nicht nur ökologisch ein Desaster, sondern er ist auch höchstgradig asozial. Es wird weiterhin in Fahrzeuge investiert, die doch nur eine Person von A nach B bringen sollen, die ein Großteil der Menschen sich nicht leisten kann, deren Produktion kaum Arbeitsplätze sichert. Alle Energie fließt in alte Konzepte, die immer mehr und größere Probleme erzeugen, uns immer weiter in die Katastrophe katapultieren. Sie halten fest am Wachstums- und Profitmodell des motorisierten Individualverkehrs und scheuen keine Mühen, uns dies als nachhaltiges Zukunftspaket weiszumachen.

Höchste Zeit aufzuwachen, Herr Blume

In Leipzig tritt Porsche in paternalistischer Weise als Sponsor im kulturellen und sozialen Bereich auf. Denken wir an „Klassik airleben“ 2022, Open-Air-Konzerte im Rosental, dort werden Porsche Neuwagen großkotzig vor der Bühne ausgestellt.

„Porsche ist eine Marke für Menschen, die ihren Träumen folgen.“ Wer Geld hat, kann träumen. Porsche ist eine Marke für Menschen, die genug geerbt haben, keine Kinder haben, für die Rasen ohne Tempolimit der Inbegriff von Freiheit ist.

Laut Oliver Blume reißen die Träume nicht ab: „Porsche steht für Freiheit und Unabhängigkeit – und den inneren Antrieb, Ziele zu erreichen. ... Wir wollen die Lebensräume unserer Kundinnen und Kunden erfüllen.“

Höchste Zeit aufzuwachen, Herr Blume. Ihre Freiheit bedeutet Rücksichtslosigkeit, Ihre Unabhängigkeit bedeutet Verantwortungslosigkeit. Das Recht des Stärkeren bzw. Reichen wird hier bedingungslos ausgelebt und propagiert. Der Raum wird sich genommen, ohne Rücksicht auf Verluste, auf Menschen mit anderen Bedürfnissen und Voraussetzungen. Der sehr lukrative SUV-Trend baut diese Dominanz immer weiter aus.

Mobilität für alle

Nun ist Zeit zum Nachdenken über eine wirkliche Verkehrswende und den Anteil von Volkswagen daran. Die Entscheidung darüber können wir nicht mehr einem unberechenbaren Management überlassen. Zu diesem Zweck haben sich Klimaaktivist*innen in Wolfsburg niedergelassen. Sie arbeiten gemeinsam mit Menschen aus Gewerkschaft, aus Umwelt- und Naturschutz, mit Beschäftigten und allen Interessierten am Umbauplan: Straßenbahnen, E-Busse und Cargo-Bikes auf die Straße zu bringen, erfordert eine Menge Handarbeit und präzise Ingenieurskunst. Viel mehr als der verkehrspolitisch fatale Umbau auf E-Autos würden dadurch Arbeitsplätze erhalten bleiben und neu geschaffen. Hilfreich wäre, wenn der Konzern nicht weiterhin als Gelddrucker für den Porsche-Piech-Clan und die Sklavenhalter aus Katar diene, sondern vergesellschaftet würde. Dann könnten Produktionsentscheidungen demokratisch getroffen werden, so wie es eine moderne, klima- und menschenfreundliche Verkehrspolitik erfordert.

Lest bitte weiter und lasst euch inspirieren auf dem Blog der <https://verkehrswendestadt.de/> oder dem Blog von Stephan Krull, Koordinator des Gesprächskreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Zukunft Auto Umwelt Mobilität - <https://stephankrull.info>

Stadt für alle statt für Autos! Wir haben viel zu gewinnen.

Auch in Leipzig stellen sich viele ein anderes Leben vor. So wie der SUPERBLOCKS Leipzig e. V.: Mehr Grün, weniger Verkehr, mehr Lebensqualität – das Projekt hat zum Ziel, das Quartier an der Eisenbahnstraße im Leipziger Osten in einen „Superblock“ nach dem Vorbild Barcelonas zu verwandeln. Der Stadtteil soll sich künftig durch ein grün-blaues Netz fußgängerfreundlicher öffentlicher Räume sowie Fahrrad- und Spielstraßen auszeichnen, in denen sich die Nachbarschaft trifft und austauscht. Das ist eine schöne Vision, an der wir alle mitwirken können, in unseren Nachbarschaften, in unseren Zusammenschlüssen, wo immer wir Mitstreiter*innen finden.

Gerechtigkeitsfonds statt Härtefallfonds!

Sören Pellmann Eine Lösung für alle statt Almosen für wenige.

Die Bundesregierung hat einen Härtefallfonds u. a. für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner, deren Ansprüche bei der Rentenüberleitung nicht berücksichtigt wurden, auf den Weg gebracht. Es geht um eine einmalige Entschädigungszahlung in Höhe von 2500 Euro. Das Antragsverfahren ist eröffnet. Die Antragsformulare sind

online auf der Internetseite der Deutschen Rentenversicherung verfügbar. Sie können per Post oder per E-Mail verschickt werden (an die Geschäftsstelle der Stiftung des Härtefallfonds in 44781 Bochum oder an gst@stiftung-haertefallfonds.de).

Auch wenn der Härtefallfonds nicht ansatzweise ausreicht, kann ich nur allen Betrof-

fenen raten, bis spätestens Ende September 2023 einen Antrag zu stellen. Wir als Fraktion DIE LINKE werden im Bundestag während der Antragsphase weiterhin Druck machen, dass der Fonds deutlich verbessert wird. Klar ist, wir werden jede Absage, jeden Negativbescheid skandalisieren. Wenn viele Menschen Anträge stellen, erhöht auch dies

den Druck auf die Bundesregierung, mehr Mittel für möglichst alle Betroffenen zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE kämpft im Bundestag für einen Gerechtigkeitsfonds. Es geht um rund 500.000 Rentnerinnen und Rentner, die z. B. bei der Post, bei der Reichsbahn der DDR oder im Gesundheitswesen beschäftigt waren. Diese Menschen haben ihr Leben lang hart gearbeitet und Beiträge gezahlt. Sie haben sich Rentenansprüche erarbeitet, die ihnen alle Bundesregierungen der letzten 30 Jahre aberkannt haben. Der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ hat kürzlich vorgezeichnet, dass ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern seit 1991 Rentenansprüche in Höhe von 40 Milliarden Euro vorenthalten wurden. Die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung gehören zu den schwerwiegendsten Fehlern der Deutschen Einheit. Der Härtefallfonds korrigiert diese Fehler nicht, sondern er ist eine neue Demütigung für Hunderttausende Rentnerinnen und

Rentner im Osten, die keinen Cent erhalten werden.

Das Bundesarbeitsministerium hat auf meine parlamentarische Anfrage geantwortet, dass rund 90 Prozent der Betroffenen beim Härtefallfonds leer ausgehen werden. Das Problem ist, dass nur Menschen, die arm sind, die in „der Nähe der Grundsicherung“ leben, Gelder erhalten sollen. Und das kann nicht sein! Diese harten Kriterien müssen korrigiert werden. Ansonsten wird die Stiftung Hunderttausende Negativbescheide verschicken müssen. Damit würde der Fonds zur Enttäuschungsmaschine für den Osten verkommen. Der Bund schiebt die Verantwortung den Ländern zu. Das ist inakzeptabel! Grundsätzlich ist der Bund in der Pflicht, den Härtefallfonds deutlich nachzubessern und die Finanzierung zu übernehmen. Die ostdeutschen Länder zahlen pro Jahr bereits knapp drei Milliarden Euro für Rentenleistungen aus DDR-Zeiten, die eigentlich der Bund tragen müsste. Dieses Geld fehlt im Osten

tagtäglich in Schulen, Krankenhäusern und Schwimmhallen.

Wir brauchen eine politische Lösung für alle Betroffenen. Wessen Ansprüche bei der Rentenüberleitung übergangen wurden, muss entschädigt werden. Wie die Betroffenenorganisationen fordern wir eine fünfstellige Entschädigungszahlung. Wir machen auch einen konkreten Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Bisher gibt die Bundesregierung nur 500 Millionen Euro für den Härtefallfonds. Gleichzeitig steckt die Ampel jährlich zehn Milliarden Euro in die Aktienrente – das Prestigeprojekt der FDP. Die gesetzliche Rente gehört aber nicht auf das Börsenparkett! Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aktienrente zu stoppen und Teile des Geldes für die Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner einzusetzen!

Wir bleiben dran und fordern die Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West ein – jetzt!

Aufruf zur Bündnisdemo und anderen Aktionen am 8. März 2023

Susanne Scheidereiter An dieser Stelle wollen wir als AG Lisa alle Genoss_innen zum Internationalen Frauen*tag aktivieren!

Die Zeiten sind denkbar schlimm:

Unsere Gesellschaft befindet sich in einer kapitalistischen Dauerkrise, deren Ende nicht absehbar ist: Krieg, Vertreibung, Energiepreissteigerung, Inflation und Fachkräftemangel. Bildungsmisere sowie Pflege- und Wohnungsnot bzw. Mietanstieg vor allem im urbanen Bereich. Die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert sich kontinuierlich. Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und verarmen. Dazu tut sich das Horrorszenerario der globalen Klimakrise auf, deren Folgen für alle Menschen auf unserem Planeten, vor allem jedoch im globalen Süden, noch gar nicht abzusehen sind. Dazu kommt die ungleiche Verteilung von überlebenswichtiger sowie systemrelevanter Sorgearbeit. Sie wird zum großen Teil in der privaten als auch in der gesellschaftlichen Sphäre auf Fintas/ Frauen* verlagert, bleibt ungewürdigt oder schlecht bezahlt. Weltweit sind 70 % des Personals in sozialen und Pflegeberufen Fintas/Frauen*: sie leis-

ten sie im Schnitt dreimal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer.

Überbelastet, Ungesehen Un(ter)bezahlt – Feministischer Streik auf der Straße!

Wir wollen zum kommenden Aktionstag vor allem die queerfeministische Dimension dieser Krisen zeigen und uns somit für eine solidarische Unterstützung der Betroffenen stark machen, denn es sind vor allem Fintas/ Frauen*, welche von den Folgen und Kosten dieser Krisen überproportional betroffen sind.

Wir müssen mit unseren Aktionen die herrschenden patriarchalen Macht-, Herrschafts- und Geschlechterverhältnisse sichtbar machen und in Frage stellen, einen Wandel initiieren und eine feministische Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus schaffen!

Dazu brauchen wir vor euch! An diesem traditionellen Aktionstag für Menschenrechte, Gleichstellung und Gleichberechtigung für Fintas/ Frauen* wollen wir als AG gemeinsam mit euch auf die Straße gehen.

Einerseits finden die klassischen Nelkenverteilaktionen, organisiert von den Stadtbezirksverbänden, statt. Material könnt ihr über die Geschäftsstelle in der Braustraße beziehen.

Dazu wird es am 8. März, organisiert vom Femstreikbündnis, um 16.00 Uhr auf dem Leipziger Markt eine Kundgebung mit Redebeiträgen und Aktionen sowie anschließender Demonstration durch die Stadt geben.

Volksantrag: Frauentag für alle!

Im besonderen Fokus steht im Jahr 2023 bis einschließlich 31. August unser gemeinsamer Volksantrag mit einem Bündnis um ver.di „Frauentag für alle!“.

Wir wollen diesen besonderen Tag deshalb auch nutzen, um einerseits Unterschriften zu sammeln und andererseits, um Öffentlichkeit herzustellen und Menschen für queer-feministische Perspektiven/ Themen aufzuschließen.

In diesem Sinne: schließt euch an, bringt euch mit ein, kommt mit uns auf die Straße! Für eine solidarische gesellschaftliche Perspektive.

Im Osten was Neues

Beate Ehms, Elisa Gerbsch und Juliane Roubal Wer oder was steckt hinter dem Ostbüro?

Riebeckstraße 1 – das ist seit Beginn des Jahres die Adresse des Ostbüros im, der Name sagt es, Leipziger Osten.

Aus der Idee, ein offenes Stadtteilbüro zu gründen, ist Wirklichkeit geworden. Dazu haben wir im vergangenen Jahr einen Verein (Ostbüro e. V.) gegründet. Nun öffnen wir un-

sere Türen für Zusammenkünfte, Vorträge, Workshops und zur Unterstützung unserer Nachbar:innenschaft.

Wir sind überzeugt davon, dass ein zentraler Ort des Zusammenkommens und des gemeinsamen Organisierens einen wichtigen Beitrag für den sozialen Kitt des Leipziger

Ostens darstellt. Wir sind kein Abgeordneten- und kein Parteibüro. Wir wollen im Leipziger Osten ein offenes Stadtteilbüro aufbauen, in denen Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen zusammenkommen können. Gemeinsam mit unseren Nachbar:innen wollen wir uns vernetzen, unseren Alltag gestalten und eine sozial-



3 Bilder aus dem Januar:

Bild links oben: Am 14. Januar 2023 lud der VVN-BdA Leipzig e. V. zum Gedenken an die im Januar 1945 hingerichteten Mitglieder der antifaschistischen Leipziger Schumann-Engert-Kresse-Gruppe auf den Südfriedhof ein. Auf der Erinnerungsveranstaltung für die SozialistInnen/ KommunistInnen im Widerstand sprach neben der Organisatorinnen Marco Götz (Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat zu Leipzig) und eine Vertreterin von Rote Wende Leipzig über die Notwendigkeit von linker Erinnerungskultur sowie der damaligen und der aktuellen sozialen Kämpfe.

Bild rechts oben: Seit dem 6. Dezember 2022 (Nikolaustag) waren wir mit unserer alljährlichen Verteilaktion zum Jahresende unterwegs. Für alle Interessierten gibt es 2.000 Schokofiguren am Stiel, liebe Grüße zum Jahresausklang und Mobimaterial für unsere Genug ist genug Demonstrationen. Wir haben aber nicht nur auf der Straße verteilt, sondern waren auch bei der Leipziger Tafel e.V., vor der Betriebsversammlung der LVB und an der Universität Leipzig präsent.

Bild rechts unten: Die Energiepreise explodieren. Vielen droht Armut. Dagegen waren am 9. Januar 2023 auf der Straße. Wir fordern, die Krisenprofiteure zu besteuern, damit sich niemand an der Not anderer bereichert. Die Profite des Kapitals dürfen nicht über die Bewohnbarkeit des Planeten gestellt werden. Deswegen Arbeitskampf und Klimakampf verbinden - Lützerath bleibt!



Fotos: Kay Kamieth

kurz & knackig

ökologisch gerechte Zukunft gestalten. Die Lage des Büros, direkt am Lene-Voigt-Park, an der Grenze zwischen den Stadtteilen Reudnitz und Anger-Crottendorf, betrachten wir dabei als besonderen Vorteil.

Die Angebote, die entstehen sollen, sind dabei vielfältig: kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen, Filmabende und Lesungen, Beratungsangebote sozialer Träger oder ein Frühstück zur Vernetzung von Frauen.

Ebenso planen wir Selbsthilfeworkshops, Werkstätten zur Erarbeitung der Nachbarschaftsgeschichte oder Angebote für Kinder, die angrenzende Schulen besuchen. Ganz in der Nähe ist das Humboldtgynasium.

Linke Stadträt:innen können Sprechstunden anbieten und so über ihre Arbeit informieren. Über das Zusammenkommen, den Austausch, aber auch das gemeinsame Erfahren der Nachbarschaft wollen wir einen neuen Zusammenhalt mitbegründen.

Erste Beratungen haben bereits stattgefunden – von einer Mieter:inneninitiative und der AG Lisa. Weitere Projekte sind in Planung. Wer uns kennenlernen möchte, kommt gern zum 1. Tag der offenen Tür:

Samstag, 11. März 2023, 13 bis 19 Uhr
Ihr seid herzlich eingeladen.

Nähere Infos findet Ihr auf unserer Homepage und den üblichen Social-Media-Kanälen. Wer uns finanziell unterstützen möchte, kann das gern in Form von Spenden oder einer Fördermitgliedschaft tun.

Wir freuen uns, das Stadtteilbüro gemeinsam mit dir zu gestalten und dich persönlich in der Riebeckstraße 1 begrüßen zu dürfen!

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Frauentagsausgabe:** Die März-Ausgabe des Mitteilungsblattes wird als eine Frauenausgabe geplant. In dieser werden sich somit nur Autorinnen wiederfinden. Evtl. Autoren müssen sich demzufolge bis zur Aprilausgabe gedulden, bis ihre Texte veröffentlicht werden. Wir bitten dafür um Verständnis.
- **Frauentagsverteilung:** Zum Internationalen Frauentag, am 8. März, findet wieder unsere Nelkenaktion statt. Dafür wurde 3.500 Nelken bestellt. Diese werden wir mit dem entsprechenden Infomaterial in ganz Leipzig verteilen. Wenn du Interesse hast, dabei mitzumachen, dann melde dich bei deinem Stadtbezirksverband oder im Liebknecht-Haus.
- **Wahlkampfunterstützung:** In Schleswig-Holstein finden am 14. Mai Kommunalwahlen statt. Wer Interesse hat unseren GenossInnen vor Ort zu helfen, sollte sich dafür in der Geschäftsstelle melden.



Foto: Raik Lorenz

Verhandlungen statt Panzer!



**Eskalationsspirale beenden!
Stoppt den Krieg
gegen die Ukraine!**

Friedenskundgebung mit Sören Pellmann
Hybrid u.a. mit Gregor Gysi

Kl. Wilhelm-Leuschner-Platz
Freitag, 24.02.23
18:00 Uhr

www.dielinke-leipzig.de

DIE LINKE.

Vortrag: „Der Kapp-Putsch im März 1920 in Deutschland und in Leipzig“

Wann: Mi., 22. Februar 2023, 18 Uhr
Wo: Volkssolidarität Schönefeld, Löbauer Str. 68/ 70 (EKZ am Sonnenwall)

Die LINKE/ SBV NO lädt ein zu Vortrag und Diskussion mit dem Historiker Manfred Hötzel zum Thema „Der Kapp-Putsch im März 1920 in Deutschland und in Leipzig“. Welche Lehren können wir daraus für heutige Kämpfe ziehen?

Die Veranstaltung findet statt am 22. Februar um 18 Uhr in der Volkssolidarität Schönefeld, Löbauer Str. 68/ 70 (EKZ am Sonnenwall). Bitte den Hintereingang nutzen.

Diskussion: Können wir als Linke unser gemeinsames Ziel mit pluralistischen Positionen erreichen?

Wann: Mi., 22. Februar 2023, 18 Uhr
Wo: Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a

Die Basisgruppe Messemagistrale und das ZKM laden zu einer Diskussionsrunde zur Thematik:

Können wir als Linke unser gemeinsames Ziel mit pluralistischen Positionen erreichen?

Wir wollen unsere gemeinsamen Diskussionen weiterführen und uns zu aktuellen Problemen in der Partei und aktuellen Fragen der Gegenwart austauschen.

Podiumsdiskussion: "Streit am Cottaweg und kein Ende?"

Wann: Do., 23. Februar 2023, 19 Uhr
Wo: Felsenkeller, NAUMANNS Tanzlokal (Eingang über Gaststube)

Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen um das Festgelände am Cottaweg wie z. B. die Zukunft der Kleinmesse, Zirkus Aeros, die angespannten Parkplatzsituation im Umfeld vom Stadion, Pläne von RB Leipzig usw.

Begrüßung:

Dr. Volker Külöw, Stadtrat DIE LINKE

Podiumsgäste:

- Jürgen Seiferth (Vorsitzender Leipziger Schaustellerverein)
- Franziska Riekewald (Stadträtin DIE LINKE, Sprecherin für Mobilität)
- Ulrich Wolter (Vorstand RB Leipzig)

Moderation:

Marco Böhme (MdL DIE LINKE)

Gemeinsame Veranstaltung von Stadtratsfraktion DIE LINKE und INTERIM by linXXnet

Progressive Drogenpolitik zwischen Hedonismus und Gesundheitsprävention

Wann: Fr., 3. März 2023, 19 Uhr
Wo: Galerie für Zeitgenössische Kunst, Karl-Tauchnitz-Straße 9-11, 04107 Leipzig

Wie eine progressive staatliche Drogenpolitik aussehen muss, die das gesundheitliche Wohlergehen Konsumierender an erste Stelle setzt, wie die Stigmatisierung von Menschen mit Substanzabhängigkeiten beendet werden kann und welche Rolle dabei eine solidarische Stadtgesellschaft einnehmen sollte, wollen wir am Freitag, den 03.03.2023 um 19 Uhr in der Galerie für Zeitgenössische Kunst, Karl-Tauchnitz-Straße 9-11, 04107 Leipzig diskutieren mit Gerda Matzel, Hausärzt:in und suchtmedizinische Grundversorgung in Leipzig Prof. Dr. Georg Schomerus, Leiter der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Leipzig Annegret Wegner, Sozialtherapeutin und Leiterin der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle „Alternative I“ in Leipzig Veranstalterin: linXXnet in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V.

Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand DIE LINKE, Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@dielinke-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Bündnisdemo und anderen Aktionen am 8. März 2023

Wann: Mi., 8. März 2023, ganztätig
Wo: verschiedene Orte im Stadtverband

- Einerseits finden die klassischen Nelkenverteilkaktionen, organisiert von den Stadtbezirksverbänden, statt. Material könnt ihr über die Geschäftsstelle in der Braustraße beziehen.
- Dazu wird es vom Femstreibbündnis um 16.00 Uhr auf dem Leipziger Markt eine Kundgebung mit Redebeiträgen und Aktionen sowie anschließender Demonstration durch die Stadt geben.
- Frauentagsfeier am Mittwoch, den 8. März, ab 17.30 Uhr in der Volkssolidarität Mockau, Kieler Straße 63.



Winterakademie des Bundesjugendverbandes: linksjugend [solid]

Wann: 24.-26. März 2023, Anreise Freitag bis 17.45 Uhr; Abreise Sonntag ab 14:30 Uhr.
Wo: Jugendherberge Hannove

Wie jedes Jahr findet auch 2023 die Winterakademie der linksjugend [solid] statt.

An drei Tagen soll sich in Workshops, Vorträgen und Diskussionen vertieft mit materialistischer Staatstheorie und linker Strategie auseinandergesetzt und sich mit Genoss:innen vernetzt werden. statt.

① Weitere Informationen findet ihr auf der Homepage des Jugendverbands: <https://gleft.de/561>

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.s.d.P.), Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Adam Bednarsky
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 27.02., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.